

Volkswacht

für Schlessen

Anzeigenpreis: 3000 Mark für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen
5.00 Mark, auswärts 1.50 Mark. Anzeigen unter Text
5.00 Mark, auswärts 1.50 Mark. Familienanzeigen 0.50 Mark, Einzelangebots-
Eisenbahn, Berlin, Veranlassung und Wohnungsangelegenheiten 0.50 Mark.
Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Mark, das selbe Wort 1.00 Mark. Anzeigen für
die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorweg) in der Haupt-
Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlags- und Anstalts-Verwaltung: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Num. Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist
durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch
die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5, durch die
Zweiglieder: Bismarckstraße 11, Hauptstraße 140, sowie durch
alle Ausläufer zu beziehen. Preis: 2.50 Mark, monatlich 10.00 Mark,
vierteljährlich 32.50 Mark.

Die G. P. D. erreicht Verhandlungen!

Endlich wird verhandelt!

Auch der Sonntag hat nur unwesentliche Veränderungen in der Streiklage gebracht. Die Erwartungen des Reichsverkehrsministers, daß der Streik durch die Isolierung der Reichsgewerkschaft zusammenbrechen würde, sind nicht in Erfüllung gegangen, wenn auch an einzelnen Stellen die Streikenden wieder zum Dienst erschienen sind. Dieses geringe Nachlassen wurde durch den Eintritt der badischen Eisenbahner in den Streik glatt aufgewogen. Die uneingeschränkte Weiterführung des Streiks und die teilweise Verschärfung sind ein Zeichen dafür, daß die Streikenden von ihrem guten Rechte überzeugt sind und daß daher noch mit einer längeren Streikdauer zu rechnen wäre, wenn eine Vermittlungsaktion dem gegenwärtigen Zustande nicht bald ein Ende machen würde.

Eine Vermittlungsaktion schien um so mehr angebracht, als der Schritt der Gewerkschaften nicht den notwendigen Erfolg hatte, und auch sowohl auf Seiten der Reichsgewerkschaft wie auf Seiten der Regierung nicht immer richtig gehandelt worden ist. In dieser Hinsicht hat der sozialdemokratische Parteivorstand die schwierige Aufgabe übernommen, die beteiligten Seiten einander näher zu bringen, um so das Deutsche Reich vor weiteren wirtschaftlichen Schäden zu bewahren. Schon am Sonntag nachmittag fanden Verhandlungen zwischen dem Parteivorstand und dem Reichsfinanzminister statt, die nach unserer eigenen Berliner Information ergaben, daß dem Reichsfinanzminister eine Einigung auf zufriedenstellender Basis erwünscht ist. Die Genossen Hermann Müller und Otto Wels verhandelten deshalb anschließend in den Räumen des Parteivorstandes mit führenden Mitgliedern der Reichsgewerkschaft über die Differenzpunkte. Die Verhandlungen führten nur zu einem vorläufigen Ergebnis und wurden sofort am Sonntag vormittags 10 Uhr fortgesetzt. Man einigte sich auf einer Basis, die in der um 11 Uhr stattfindenden Kabinettsitzung, an der von der Sozialdemokratie die Genossen Müller und Wels, vom Zentrum Spahn und Höffe und von den Demokraten Erkelenz bewohnten, vorgebracht wurde. Trotz aller Bemühungen unserer Parteiführer, zu einem Ziele zu gelangen, ergaben sich in der Kabinettsitzung große Schwierigkeiten, zumal mehrere Minister nicht nur die Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft, sondern überhaupt jedes Verhandeln ablehnten. Schließlich einigte man sich dahin, am Montag morgen 10 Uhr mit dem Beamtenbund, dem bekanntlich die Reichsgewerkschaft angeschlossen ist, Verhandlungen über die Beilegung des Streikes zu führen. Das Mandat zur Führung der Verhandlungen für die Reichsgewerkschaft als Mitglied des Beamtenbundes erhält die Post- und Telegraphengewerkschaft, die den streikenden Eisenbahnern äußerst nahe steht. Die Verhandlungen werden sich tatsächlich auf die sachlichen Forderungen der Reichsgewerkschaft beziehen. Ueber die Ansprüche dieser Gewerkschaft sind in der Öffentlichkeit durchaus falsche Mitteilungen gemacht worden. Es trifft nicht zu, daß die Streikleitung irgendwelche Forderungen im Reichsverkehrsministerium und andere radikale Maßnahmen verlangt, sondern die Wünsche gehen hauptsächlich dahin, daß keine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Regelung der Lohnforderungen eintritt. Ueber diese beiden strittigen Punkte wird heute verhandelt werden. In Anbetracht der schwierigen Lebensmittelversorgungslage in der sich bereits ein Teil der deutschen Großstädte befindet und angesichts dessen, daß viele große Betriebe infolge Kohlenmangels ihre Beschäftigung nicht aufrechterhalten können, erwartet man in maßgebenden Kreisen, daß die Verhandlungen zwischen Regierung und Beamtenbund bald zu einer Verständigung führen, und daß die Reichsgewerkschaft in aller Kürze den Streikabbruch proklamieren kann. Voraussig wird der Streik weitergehen. Sobald eine Einigung erzielt und die Streikparole rückgängig gemacht ist, wird die Verordnung des Reichspräsidenten automatisch fallen. Mit einem regelmäßigen Zugverkehr ist vor Ende dieser Woche kaum zu rechnen.

Berlin ohne Licht und Wasser.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)
Ein Häuflein radikal Gesinnter in Berlin hat es abermals fertig gebracht, Berlin in Dunkel zu versetzen, und den Kranken Licht und Wasser zu entziehen, und der Öffentlichkeit jede Möglichkeit zur dringenden Beförderung durch elektrische Bahnen zu nehmen. Seit Sonntag, früh 4 Uhr, haben die Elektrizitätswerke die Belieferung mit Strom eingestellt. Seit 6 Uhr ruht die Belieferung mit Gas und Wasser, was manchen alten Familienvater zwang, in der Kälte Stundenlang um einen Eimer Wasser zu stehen. Man sah an den Pumpen lange Versammlungen von morgens früh bis in die späten Abendstunden. Der Streikgrund ist geradezu lächerlich. Während der Magistral den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums anerkennt, der eine Verlängerung des bestehenden Manteltarifes bis 30. Juni 1922 vorseht, verlangen die Streikenden die Verlängerung bis 31. Dezember 1922, obwohl der Magistrat bereit ist, in den ersten Märztagen auch über diese Verlängerung zu verhandeln. Nur ein Häuflein besessener Streik und Übergang jede Urabstimmung. Der „Vorwärts“ bezeichnet den jüngsten Zustand in Berlin als „den Streik gegen Berlin“, einen selbstmörderischen Wahnsinn. Auch die unabhängige „Freiheit“ bricht von einem unvernünftigen Unternehmen, das allen gewerkschaftlichen Grundsätzen entgegensteht.

Da durch die Entziehung der Elektrizität auch die Straßenbahnen nicht verkehren (nur die Hochbahn fährt), ist ein großer Teil der Berliner Betriebe gezwungen, vorläufig die Arbeit einzustellen. Hunderttausende von Tagelöhnern werden so, weil ein Häuflein Radikaler es wollte, abermals um ihren zum Leben notwendigen Lohn kommen. In der Erwartung, daß der moralische Druck der einsichtigen Arbeiterklasse, weitere Auswirkungen des Streiks verhindert, hat der Polizeipräsident vorläufig von außerordentlichen polizeilichen Maßnahmen Abstand genommen. Nur vereinzelt ist bisher die Technische Nothilfe eingesetzt. Die Zentralstelle der Nothilfe erläßt schon bereits einen Verbotsauftrag!

Die Streiklage im Bezirk Breslau.

Von Seite der Streikleitung wird mitgeteilt:
Der Streik hat sich verärtert. Auf der Strecke nach und von Oberbräunlich dürfte der Verkehr von Döpnitz aus bis auf einen Zug jeder Richtung von Dambrau aus zum Erliegen kommen, da die Beamten der Direktion Kattowitz die Züge nur bis Dambrau höchstens Brigg fahren. Auf der Kreuzburger Strecke werden die Züge nur bis Namslau mit nur innerhalb des besetzten Gebietes verkehren. Reiche und Guts haben sich dem Streik angeschlossen. In Glogau wird nicht getreift.
In den überfüllten Versammlungen, die im Laufe des Sonntags stattfanden, berichteten die Beamtenführer über die Lage. Nachstehende Entschließung fand einstimmige Annahme:
Die von den Ortsgruppen Breslau Ost, West und Oberort der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten versammelten Mitglieder begrüßen in jeder Weise die feste Haltung des Hauptverbandes, der sich auf keinen Fall durch Drohungen, Ausnahmeverordnungen und Befehle in dem gewaltigen Kampfe bis zum endgültigen, gerechten Siege von seinem einmal gefassten Beschluß abhalten läßt. Sie verurteilen die Maßnahmen der Verwaltung, die durch Heranziehung von durch Dienstunfähigkeit, Farbendblindheit und sonstigen Gebrechen, sowie Trunkenheit entlassenen bzw. pensionierten Lokomotivführern und sonstigen Betriebsbeamten, das Leben des reisenden Publikums gefährden. Die streikenden Beamten und Hilfsbeamten geloben ausdrücklich, nach wie vor unverbrüchlich hinter ihren Führern zu stehen.

In der heute vormittag tagenden Streikerversammlung der Eisenbahner in der „Wankelschmiede“ bezeichnete der Reichsgewerkschaftsführer Berger die Streiklage als äußerst günstig. Es streikten im ganzen jetzt über 200 000 Eisenbahner. Die Kollegen wurden zum Durchhalten aufgefordert und folgende Entschließung wurde angenommen:
„Die in drei Versammlungen versammelten Kollegen der Ortsgruppen Ost, West und Oberort bedauern auf das lebhafteste die schweren Folgen, die der gerechte Kampf der Eisenbahnbeamten und Anwärter der Reichsgewerkschaft der Bevölkerung auferlegt. Die Verantwortung für das weitere Umfassen und die daraus entstehenden Folgen treffen einzig und allein diejenigen Stellen, welche es bisher unterlassen haben, Verhandlungen mit den Führern der Reichsgewerkschaft anzuknüpfen. Die Kollegenchaft steht nach wie vor geschlossen hinter ihren Führern.“

Nach einstimmiger Annahme dieser Resolution wurde die Versammlung ohne Diskussion geschlossen.
Die Eisenbahndirektion teilt mit: Die Streiklage ist unverändert. Die zur Verfügung stehenden Blockführer sind nunmehr auf die einzelnen Bahnnotenpunkte verteilt, jedoch auch im Güterverkehr ein ausreichender Notbetrieb gesichert ist.
Für den Notbetrieb verwendet die Direktion in erster Linie alle maschinentechnischen Beamten, auch die der höheren Rangklassen, die sämtlich das Lokomotivführerzeugnis besitzen, und geeignete technische Nothilfe, die ihre Beschäftigung, eine Lokomotive zu führen, nachgewiesen haben. Fernerhin vertriehen stellenweise Anwärter des Lokomotivführerzeugnisses, soweit sie durch ihre bisherige Tätigkeit ihre Eignung, als Lokomotivführer befallsweise verwendet zu werden, nachgewiesen haben. Der Notbetrieb, wie er mit dem geschuldeten Lokomotivführerzeugnis aufrechterhalten wird, besorgt in erster Linie das Gebot der Betriebsfähigkeit, und

war mit dem Erfolge, daß in den vier Tagen seines Bestehens noch kein nennenswerter Unfall und keine größere Betriebsstörung im Bezirke der Eisenbahndirektion Breslau vorgekommen ist.

Ueber die in der Presse erörterten Betriebsunfälle in Diegelnitz und Königszelt ist folgendes festzustellen: In Diegelnitz ist beim Zurückgehen einiger Revisionswagen der letzte etwas hart gegen den Presshof gekollert und hat sich mit einem Knurrer hinter den Buffer des Pressbodes gefest (was im regelmäßigen Betrieb ebenfalls nicht selten vorkommt). Der Schaden ist durch Ausschrauben des Pressbodens schnell behoben worden. In Königszelt stehen nicht sechs, sondern zwei beschädigte Lokomotiven. Eine ist von einer vorbeifahrenden Abteilung gestreift worden, wobei ein Schieberkastendeckel eingebückt wurde, die andere ist während der Fahrt aus noch nicht einwandfrei festgestellter Ursache unbrauchbar geworden.

Eine Entschließung der Breslauer Funktionäre des Eisenbahnverbandes.

Die Breslauer Funktionäre des freigewerkschaftlichen Deutschen Eisenbahnerverbandes beschließen gestern in einer Vollversammlung nach mehrstündiger heftiger Debatte, in der die Funktionäre der Betriebsvereinigungen für den sofortigen Streik eintraten, nach Erörterungen der Organisationsführer mit sehr starker Mehrheit folgende Entschließung:

Die am Sonntag, den 5. Februar, im Lokal „Zum Oberkrom“ tagende Funktionärerversammlung des D.E.B. spricht der streikenden Eisenbahnbeamten der Reichsgewerkschaft ihre volle Sympathie aus, bedauert aber, daß ihre Vorstände, entgegen allen Gepflogenheiten und gewerkschaftlichen Grundsätzen sich nicht mit den übrigen Eisenbahnorganisationen vor Eintritt des Streiks verständigt und aus diesem Grunde den Mitgliedern und den Funktionären des D.E.B. die Hände gebunden haben. Mit aller Schärfe wenden sie sich gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar, die den Beamten das Streikrecht nimmt und einen Eingriff in das Koalitionsrecht derselben bedeutet. Wenn uns auch in diesem Kampfe die Wege trennen, so einigt uns doch das gemeinsame Ziel, Koalitionsfreiheit für alle Eisenbahner, Beamte und Arbeiter, voll und ganz zu erhalten. Aufhebung dieses Erlasses ist die einzige Möglichkeit der Verständigung und des Friedens innerhalb der Eisenbahnergemeinschaft. Streikende Neutralität wird von allen Mitgliedern des D.E.B. verlangt. Streikarbeiten dürfen wie bisher nicht verrichtet werden, ebenso nicht die gemeinsame Arbeit mit Mitgliedern der Technischen Nothilfe, die sich aus Privatpersonen zusammensetzt.

Die Funktionäre stehen geschlossen hinter dem Hauptvorstande und erwarten die schärfste Beobachtung der Lage und die gerechte Wahrung der Interessen aller Eisenbahner.

Sollten Maßregelungen und Entlassungen unserer Mitglieder, die nach solchen angegebenden Grundlagen handeln, erfolgen, so wird der D.E.B. sie mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen wachen.

Die Lage im Reiche.

Aus Frankfurt a. M. meldet W.B.: In der allgemeinen Streiklage ist eine gewisse Besserung eingetreten. In diesem ist sämtliches Personal, mit Ausnahme des Lokomotivpersonals, zum Dienst erschienen. Es ist gelungen, den Notverkehr im Bezirk in erhöhtem Maße in Gang zu bringen. Die Eisenbahndirektion hat in einem Anschlag alle Arbeiter und Angestellten aufgefordert, sich bis Dienstag wieder zur Arbeit einzufinden, andernfalls sie sich als entlassen zu betrachten hätten. Das gegen die streikenden Beamten eingeleitete Disziplinarverfahren nimmt seinen Fortgang.

Die Eisenbahndirektion Magdeburg teilt zur Streiklage mit, daß die Stimmung abflaut. Die Arbeiter der Hauptwerkstatt Halberstadt sind heute vormittag in den Streik getreten. Durch Aushang wurden die Arbeiter aufgefordert, bis Montag an ihre Arbeitsstellen zurückzukehren, andernfalls sie sich als entlassen zu betrachten haben. Falls Meldungen zur Wiederaufnahme der Arbeit in nicht ausreichendem Maße eingingen, um den Betrieb wirtschaftlich führen zu können, wird die Hauptwerkstatt geschlossen.

Vorgestern nachmittag hat sich in Cassel ein großer Teil der Arbeiter des Bahnbetriebswerkes Cassel-Bahndorf dem Streik angeschlossen. An ihre Stelle ist sofort die Technische Nothilfe getreten, die auch anderweitig eingesetzt wurde. Der Notbetrieb wird aufrecht erhalten. Vom Ruhrgebiet röhren mehrere Kohlenzüge.

Internationale Sozialistenkonferenz.

Die Deutschen am Eschkeim verhiert.
Paris, 5. Februar. Die heutige Sitzung der Internationalen sozialistischen Konferenz beschäftigte sich mit der sozialistischen Einheitsfront. Ein Beschluß ist nicht gefaßt worden. Morgen vormittag treten die anwesenden Mitglieder der Exekutivkommissionen von London und Wien zu einer Beratung der Angelegenheit zusammen. Am Schluß der Sitzung wurde an die deutschen sozialistischen Parteien ein Telegramm gerichtet, in dem gelagt wird, für den Fall, daß die deutschen Delegierten durch den Eisenbahnerstreik an der Teilnahme nach Berlin verhindert würden, werde eine neue Konferenz zu weiteren Verhandlungen und zur Beschlußfassung in aller Kürze nach Frankfurt einberufen werden. In diesem Fall werde die Pariser Konferenz morgen um 2 Uhr geschlossen werden.

Die polnische Einheitsfront in Oberschlesien.

Uns wird aus Oberschlesien geschrieben:

Während die ober-schlesische polnische Presse alltäglichen Nachrichten verbreitet, die auf die Zerlegung im deutschen Lager hinsichtlich der einzunehmenden Stellung in Polnisch-Oberschlesien hinweist, vermeidet sie es gewissermaßen, auf die krankhaften Symptome im eigenen Lager einzugehen. Es ist vieles faul innerhalb des so schaffenden Verwaltungsapparates in Polnisch-Oberschlesien. Schon seit einiger Zeit ist eine Bewegung im Gange, die das Lösungswort „Oberschlesien den Oberschlesiern“ auf ihre Fahne geschrieben hat. Der frühere Redakteur des „Weigen Adlers“ bringt allerlei Artikel in der deutschen Presse, die sich gegen die Warschauer Diktatur richten. Der künftige Wojewode Rymer war früher selbst Anhänger der ober-schlesischen Richtung. Warschau bestimmte dann, daß Rymer Landrat vom Rattowitzer Kreise werden sollte, während zum Wojewoden eine der Warschauer Regierung genehme Persönlichkeit in Aussicht genommen wurde. Herr Rymer orientierte sich schnell nach der einflussreichen Richtung um und der Wojewodenschaftsposten ist ihm gesichert. Gleichzeitig gab er auch seine Ueberzeugung als ober-schlesischer Politiker auf und handelt nur noch nach den Wünschen der Regierungskreise in Warschau.

In Oberschlesien wird indessen weiter gegen das Regiment des Herrn Rymer gekämpft. Die ober-schlesische Richtung hat sich im „Głos Gornego Slaska“ ein Organ geschaffen, welches von heftigen Angriffen gegen Rymer und seine Mitarbeiter froh ist. Es wird Rymer zum Vorwurf gemacht, daß er auf Anordnung von Warschau eine Reihe unfähiger Mitarbeiter in seinen Stab aufgenommen hat und daß Warschau die ober-schlesische Verwaltung als eine Gelegenheit zur Unterbringung von unliebsamen Elementen betrachtet, die man nicht gern in der langweiligen Verwaltung duldet. Herr Rymer hat sich bisher als gefügiges Werkzeug der Warschauer Regierung erwiesen. Mit seiner Tätigkeit sind heute selbst polnische Kreise nicht mehr einverstanden, doch müssen sie ihn mit Rücksicht auf die große Gefolgschaft innerhalb der polnisch-nationalen Arbeiterpartei bzw. polnischen Berufsvereinigungen bis zu den Wojewodchaftswahlen dulden. Man glaubt indessen, daß sich nach den Wahlen das Verhältnis zu Gunsten der ober-schlesischen Richtung wenden wird. Jedenfalls ist heute auch in Oberschlesien eine Richtung vorhanden, die auf Kosten der Polnischen Berufsvereinigungen eine kritische Gewerkschaftsrichtung aufzubauen versucht. Der „Polak“, das Organ der polnisch-nationalen Arbeiterpartei, ergeht sich täglich in heftigen Polemiken gegen die polnisch-österreichische Richtung und bezeichnet diese Agitatoren als Verräter an der polnischen Sache.

Ganz überraschend veröffentlicht die „Gazeta Robotnica“ in einer ihrer letzten Nummern an der Spitze einen Aufruf mit einem Brief an Herrn Rymer, in dem mitgeteilt wird, daß sich die Parteileitung der PPS (Polnisch-Sozialistische Partei) auf Grund der Vorgänge im Obersten Polnischen Volksrat gezwungen sieht, ihre Mitglieder Caspary, Wieshülle und Bobel zurückzugeben, da Herr Rymer eine Personalpolitik betreibt, die die PPS nicht mehr verantworten könne. So überraschend diese Veröffentlichung auch war, lag sie doch in den Verhältnissen seit Wochen begründet. Spaltenlange Artikel in der „Gazeta Robotnica“ kündigten schon vor Wochen die kommende Trennung an. Die national-polnische Polnische Berufsvereingung übte in den Landbezirken gegen den polnisch-sozialistischen Zentralverband den gleichen Terror aus, wie früher nur gegen die deutsch-orientierten Gewerkschaften.

Welche Stellung die PPS in Zukunft einzunehmen gedenkt, ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Es darf aber nicht außer Acht gelassen werden, daß die Mitgliedschaft der PPS in Oberschlesien in einzelnen Bezirken nationalisierter war, wie die Anhänger der Polnischen Berufsvereingung.

Es ist durchaus verständlich, daß unter den gegebenen Verhältnissen auch die in Polen bestehenden Parteien Nutzen zu ziehen versuchen. Jedenfalls ist auch die Oberschlesische Volkspartei mit dem Regiment des Herrn Rymer nicht einverstanden und hat ihm schon so manche schwere Stunde bereitet.

Während der ober-schlesischen Wirtschaftsverhandlungen hatte die polnische Delegation sehr viel zu schaffen, um den Streit im Bruderlager zu beschwichtigen. Wenn auch anzunehmen ist, daß es Herrn Rymer und seinem Mitarbeiterstab gelingen wird, bis zur Zerlegung einen offenen Bruch zu vermeiden, so sind die Gefahren einer Zerlegung nach erfolgter Uebernahme immerhin vorhanden. Aber weil alle polnischen Kreise bestritten sind, die Wojewodenschaft vorerst durchzuführen, um nicht ganz dem Einfluß Warschaws zu verfallen, glaubt man annehmen zu dürfen, daß diese Zerlegung im polnischen Lager erst später elementar zum Ausdruck kommen wird.

Vor Tarifkämpfen in Oberschlesien?

Die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der ober-schlesischen Großindustrie geführten Verhandlungen sind abgebrochen worden. Die Arbeiter wollen von ihren Forderungen nicht abgeben. Die Arbeitgeber behaupten, daß die Forderungen über das Maß der von der Interalliierten Kommission zugewiesenen Kohlenpreiserhöhung hinausgehen.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Aussichten der Konferenz in Genua. — Senkung der Preise für die Lebenshaltung in Amerika und England. — Höhere Gewinne für die deutsche Landwirtschaft. — Die Konzernbildung in der deutschen Industrie.

Die Wirtschaftskonferenz von Genua, die sich mit dem Problem beschäftigen soll, wie in den Industrie- und Handelsstaaten ein Ausgleich möglich ist, und durch welche Maßnahmen der Absatzmarkt, der in Europa verloren gegangen ist, wiedergewonnen ist, wird durch die Zurückhaltung Amerikas nahezu in Frage gestellt. Ohne die Mitwirkung Amerikas ist eine Behebung der finanziellen und wirtschaftlichen Unordnung auf dem Weltmarkt nicht denkbar. Allerdings wird man verstehen, wenn der größte Gläubiger der europäischen Industrie- und Handelsstaaten, Amerika, gewisse Sicherheiten haben will für die Wirksamkeit einer Hilfsaktion. Die Anforderungen, die Amerika stellt, daß die europäischen Staaten, insbesondere Frankreich, ihren Rückgangsetat erheblich herabsetzen, damit die Märkte für den wirtschaftlichen Wiederaufbau frei werden, ist durchaus begründet und es könnte mit demselben Recht die Anforderung an Polen und Rußland gestellt werden; denn wenn es richtig ist, wie kürzlich in sehr bestimmter Form gemeldet wurde, daß Rußland gegenwärtig nach 4 Millionen aktives Militär auf den Seiten hält, so würde unter einer solchen Belastung der russische Aufbau nahezu zur Unmöglichkeit werden. Das Gleiche gilt für Polen, das bis vor Kurzem eine Million reiches Heer zur Verfügung hatte. Unter diesen ungünstigen Verhältnissen müssen die Aussichten für Genua, wenn Amerika nicht beteiligt ist, als wenig hoffnungsvoll gemeldet werden.

Die Finanz- und Wirtschaftslage der großen führenden Staaten auf dem Weltmarkt entfernt sich, wenn wir von den deutschen Verhältnissen aus die Dinge betrachten, immer mehr von einem Ausgleich, da die Unterschiede sich fortgesetzt verschärfen. Der Außenhandel Amerikas und Englands, um nur die beiden bedeutendsten Industrie- und Handelsstaaten zu nennen, die auch für den deutschen Außenhandel von großer Bedeutung sind, hat im letzten Jahre erhebliche Rückgänge erlitten. Allerdings gibt die Außenhandelsstatistik Amerikas einen starken Ausfuhrüberschuß an; aber der Gesamtanbau ist doch sehr ins Stocken geraten und erklärt zugleich den ungeheuren Umfang in der Arbeitslosigkeit. Amerika ist dazu übergegangen, unter hartem Druck die Warenpreise herabzusetzen, um damit wieder zu normalen Verhältnissen wie sie vor dem Kriege bestanden, zu kommen. Von ihrem Höchststand im Jahre 1920 sind die Preise für landwirtschaftliche Produkte um 33,7 vom Hundert, für Kleidung um 47,8 für Baumaterial um 42,2 für Rohöl um 41,2 für Metalle um 39,0 für Feinsilber und Beleuchtung um 34,5 für Chemikalien um 27,0 vom Hundert zurückgegangen.

Der Rückgang der Preise hat nun für den inneren Markt nicht das gegenteilige, was man erwartet hat. Die Waren sind im Preise billiger, aber die Kaufkraft der Bevölkerung ist zurückgegangen. Das trifft insbesondere für die Landwirtschaft zu, deren Konsumkraft durch die stark herabgesetzten Preise gemindert ist, und da auch in der Industrie die Löhne reduziert sind, so ist für die große Masse der Bevölkerung in Verbindung mit der Arbeitslosigkeit die Kaufkraft herabgesetzt. Amerika hat während des Krieges seine Industrie treibhausartig in die Höhe gebracht und für diese nun ganz auf den Krieg eingestellten Unternehmungen bestehen gegenwärtig keine Abzweigungsmöglichkeiten. Bedeutende Erzeugnisse zeigen sich in England. Die Kosten für die Lebenshaltung sind dort, gemessen an einer Indexziffer,

die den Monat Juni 1914 in Vergleich stellt, auf 92 vom Hundert zurückgegangen, d. h. die Lebenshaltung in England ist gegenwärtig niedriger als zur Zeit vor dem Kriege. Die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes wird ähnlich wie in Amerika geschwächt durch Arbeitslosigkeit und Minderung des Einkommens. Der Exporthandel, der für England eine Lebensbedingung ist, findet nicht das Abgabebiet, das ihm ehemals die weite Verbreitung gab.

Stellen wir nun in Vergleich hierzu die deutschen Verhältnisse, so ergibt sich, daß die Preise für unsere Lebenshaltung in den letzten Monaten in schnellem Tempo aufwärts gingen. Der Index der Kleinhandelspreise ist nach den letzten Ermittlungen des statistischen Reichsamtes auf 1650 gestiegen. Mitin ist daraus eine enorme Steigerung der Kosten der Lebenshaltung eingetreten, verbunden mit einem Herabdrücken der Lebenshaltung. Diese Entwicklung wird nicht vom Stillstand kommen, vielmehr ist die Befürchtung zu hegen, daß weitere Aufwärtsbewegungen eintreten. Das Uebel steht im engen Zusammenhang mit unserer gelähmten Finanzlage und der Entwertung der Kaufkraft der Mark. Allerdings hat diese Entwertung der Kaufkraft der Mark eine Besserung in der Gestaltung des Außenhandels gebracht. Die Ziffern für den Monat Dezember des Vorjahres weisen schon gar überraschend einen Ueberschuß in der Ausfuhr von rund 90 Millionen auf. Dieses relativ günstige Ergebnis ist darauf zurückzuführen, daß die Einfuhr sowohl im November wie im Dezember in der Menge erheblich zurückgegangen ist. Das Fehlen der Markt hat den Einkauf von Rohstoffen sehr behindert und findet damit die niedrige Ziffer der Einfuhr jene Erklärung. Trotzdem wir im Dezember im Vergleich zum Oktober eine Mindererfuhr von rund 9 Millionen Doppelzentner zu verzeichnen haben, ist die Wertsumme nur von 19,7 auf 19,3 Milliarden Mark gesunken. Dagegen ist im selben Zeitraum die Einfuhr im Wert von 9,7 auf 14,6 Milliarden gestiegen. Das Ergebnis für den Monat Dezember wird uns natürlich nicht zu der Schlussfolgerung verleiten, daß wir nunmehr in den kommenden Monaten mit einer aktiven Handelsbilanz abzuschließen, im Gegenteil, wir haben damit zu rechnen, daß der ungünstige Stand unserer Handelsbilanz sich nicht ändern wird. In der Zeit vom Mai bis Dezember vorigen Jahres wies unsere Handelsbilanz einen Einfuhrüberschuß von 12,7 Milliarden auf. Diese Summe deutet die enorme Unsicherheit unserer Bilanzlage an und die ungünstige Rückwirkung auf die Preisgestaltung im Inlande.

Unter diesen Umständen gewinnt der Anspruch des Reiches auf ein Ausmaß der deutschen Landwirtschaft, der an 27. Januar in Dresden tagte, eine ganz besondere Bedeutung. Die Herren haben wieder einmal ohne jede Rücksicht auf die Weltinteressen des deutschen Volkes mit der bei ihnen bekannter Ungenügsamkeit verlangt, daß nunmehr für das kommende Wirtschaftsjahr vollständig die Getreidebewirtschaftung freigegeben wird. Das würde bedeuten, daß wir, gemessen an dem gegenwärtigen Preis des Getreides, das wir vom Auslande beziehen, unseren Vorrat mit ungefähr rund 8000 Mark die Tonne bezahlten müßten, gegenüber dem Friedenspreis ungefähr das 10fache. Wie schlagend mit dieser enormen, durchaus unbegründeten Preissteigerung unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt vollständig nieder, denn unsere Konkurrenzfähigkeit hielt sich nur aufrecht dadurch, daß die Kaufkraft der Mark im Inlande immer noch höher war, als ihre Bewertung auf dem Auslandsmarkt. Das hört in dem Augenblick auf, wenn wir wirklich mit allen Preisen für unsere Lebenshaltung an die Höhe des Auslandsmarktes kommen. Für die Herren der deutschen Landwirtschaft ist natürlich diese Frage nicht entscheidend, sondern sie urteilen nach ihrem unmittelbaren wirtschaftlichen Interesse; der enormen Gewinn, der ihnen zufließen muß, unterdrückt alle Bestrebungen einer gerechten Würdigung der Ansprüche.

In der Konzernbildung der deutschen Industrie sind weitere Fortschritte zu verzeichnen. Der AEG-Direktor Hoffmann-Konern der eine Verletzung der Elektrizitätsindustrie mit dem Maschinenbau und der Waggonfabrikation herbeiführt, ist zu einer weiteren Ausdehnung seines großen Interessentums gekommen. Die AEG und die Ringwerke werden die Herstellung von elektrischen Heizapparaten für die Industrie und den Haushalt unter der Firma Elektrizitätsgesellschaft G. m. b. H. mit dem Sitz in Nürnberg betreiben. Das Unternehmen soll zu einer technisch hohen Entwicklung geführt werden, um die größte wirtschaftliche Ausnutzung zu ermöglichen. Die AEG in Berlin hat ferner mit der AEG-Union, Elektrizitätsgesellschaft in Wien eine Interessengemeinschaft auf 30 Jahre zum Abschluß gebracht. Es wurde gegründet eine neue Aktiengesellschaft unter der Firma AEG-Werte. Aktien-Gesellschaft, die ein Aktienkapital von 500 Millionen Kronen ausgeben will. Es handelt sich hier um eine neue Verkaufsorganisation, die von Wien aus die Geschäfte nach dem Balkan, Jugoslawien und Polen betreiben will. Die Rheinische Handelsgesellschaft in Düsseldorf hat mit der alten angesehenen Aktiengesellschaft vorm. Glanbeck & Sohn in Berlin die Aufnahme in ihren Konzern durch den Erwerb der Aktien der Berliner Firma vollzogen. Wie es heißt, beabsichtigt man, das Berliner Unternehmen weiter auszubauen. Der gleiche Konzern nahm die Aktienmehrheit der mecklenburger Treibriemenweberei und Leder- treibriemenfabrik A.-G. Berlin-Tempelhof und ebenso die Firma Paul Erteger, mechanische Treibriemenweberei, in das Unternehmen auf.

Einige Unternehmungen sind wieder dazu übergegangen größere Handelsfirmen aufzunehmen. So haben die Rammesmann-Röhrenwerke die Handelsfirma Rheinberger & Sohn in Prag angekauft. Die Rhein-Elbe-Union wird in Niederländisch-

Der eheliche Dieb.

Von Fjodor Dostojewski.

Einmal morgens, als ich mich gerade anstehle, in dem Dienst zu gehen, trat Agrafena, meine Köchin, Wäscherin und Hauswirtschafterin, zu mir ins Zimmer und begann zu meinem großen Erstaunen ein Gespräch mit mir.

„Was hast du denn heute so Wichtiges gemeint, daß du mich an der Tür stehen läßt, was ich zum Mittag bereiten sollte?“

„Nicht, Herr, ich bin zu Ihnen gekommen.“

„Guten Sie, Herr, ich bin zu Ihnen gekommen.“

„Was für eine Kammer?“

„Die da, neben der Küche. Es ist doch klar, was für eine.“

„Warum?“

„Warum? Warum, weil Menschen doch vernünftig sind. Es ist doch klar, warum.“

„Über was wird sie denn meinetwegen?“

„Über die mieten wird! Ein Mieter. Wer denn sonst?“

„Aber dort hinein, Müllerdienst, kann man doch kein Bett stellen!“

„Es ist doch viel zu eng! Wer kann denn darin leben?“

„Warum darin leben! Wenn er nur irgendwas schlafen kann, leben wird er auf dem Fensterbrett!“

„Auf wem ein Fensterbrett?“

„Es ist doch klar, auf wem ein Bett, als ob Sie das nicht wüßten! Auf dem im Vorzimmer. Er wird dort liegen, neben oder sonst was tun. Aber er kann ja auch auf dem Stuhle sitzen. Er hat einen Stuhl, auch ein Tisch ist da, alles ist da.“

„Was ist er denn für einer?“

„Ein lächerlicher, toller Mensch ist er. Ich werde ihn das Essen kochen, und für die Wohnung und für die Bekleidung werde ich drei Gulden Silber monatlich nehmen.“

„Was großen Erstaunens erregt es mich, daß irgendein Bettmann einen Menschen überredet hat, ihn als Mieter und Besorger einzunehmen. Was aber Agrafena ist einmal in dem Fall geraten, damit man sich so leicht wie möglich überreden lassen, denn ich würde Ihnen aus Erfahrung, daß

Ich mir früher doch keine Ruhe lassen würde. Wenn ihr irgend etwas nicht nach Wunsch ging, so wurde sie unheimlich und vernünftigerweise bis drei Wochen an und in dieser Zeit war das Essen ungenießbar, die Bedienung nicht gewöhnt und das Zimmer nicht geputzt, mit einem Wort, es gab dann viel Unangenehmes. Ich hatte schon längst bemerkt, daß diese schwermütige Frau nicht zufrieden war, von sich aus einen Entschluß zu fassen, geschweige denn von selbst auf einen neuen Gedanken zu kommen. Aber wenn ich in ihrem schwachen Verstande einmal irgend etwas von einer Idee oder gar einem Entschlusse ahndete, so konnte man sie durch ein Verbot oder einen Widerspruch auf einige Zeit festlich vernichten. Weil ich nun am ehesten in der Welt nicht in meiner Nähe gehn wollte, so willigte ich auch dieses Mal sofort ein.

„Hut er wenigstens irgendwelche Papiere, einen Paß oder so etwas?“

„Selbstverständlich! Was weiß ich, was er ist. Ein toller, erhabener Mensch. Drei Rubel hat er mir zu zahlen versprochen.“

„An anderen Morgen erlöste ich mich in meiner einfachen Junggefallenwohnung der neue Einwohner was mich genau genommen nicht einmal ärgerte; im Gegenteil, ich war innerlich sogar sehr zufrieden. Ich liebe einfach, was ein Arbeiter. Bekannte habe ich so gar wie überhaupt keine, keine gebe ich aus. Drei Jahre bin ich schon so allein. Freilich hatte ich mich an die Einsamkeit gewöhnt, aber zehn, fünfzehn Jahre oder noch mehr solcher Einsamkeit, mir solch einer Agrafena in solch einer Junggefallenwohnung — ist eine farbige Perspektive. Unter solchen Umständen ist denn ein freibühler Mensch mehr — eine himmlische Wohltat.“

Agrafena hatte nicht gelogen: mein Einwohner war einer von den Goldenen. Nach dem Paß erwarb ich, daß er Soldat gewesen war, was ich freilich auch schon aus den ersten Worten erahnte hatte. Das ist man ja leicht zu sehen. Als mein Einwohner Abfahrt zu machen war, unter seinen Stadtbekanntesten einer der Bekannten. Wir kamen gut miteinander aus. Das Beste war aber doch, daß Abfahrt zu machen und die Bekannte aus seinem Leben zu entfernen war. Bei der unternehmenden Zusage meines Bediensteten war ich ein großer Fehler einsehen. Eine kleine Gegenleistung machte auf mich einen noch größeren Eindruck und ich will ich ihm denn hier wiedergeben, und auch, bei welcher Gelegenheit er zu mir kam.

Ich habe einmal etwas in der Wohnung, Abfahrt wie auch Agrafena waren ausgegangen. Nichts hörte ich aus meinem

Zimmer, daß irgend jemand ins Vorzimmer trat, wie mir früher ein Fremder; ich ging hinaus, und tatsächlich war im Vorzimmer ein fremder Mensch, klein von Wuchs und trotz der kalten Herbstzeit nur im Rock.“

„Was suchst du?“

„Den Beamten Alexandroff. Wohnt er hier?“

„Gold einen gibt es hier nicht, Brüderchen; adieu.“

„Wieso, der Hausknecht hat mir doch gesagt, daß er hier...“

„Wurmelte der Besucher und zog sich vorsichtig zur Tür zurück.“

„Was hast du denn da hinausgemurmelt, mein Dieb?“

„Im anderen Tage nach dem Mittagessen, gerade als Abfahrt zu mir kam, trat ein Mann an mich heran, den ich nicht kannte. Er hatte ein Gesicht, das mir sehr bekannt war. Ich öffnete die Tür. In diesem Augenblick nahm der gestrige Besucher vor meinen Augen meinen Paß vom Kleiderbügel, hing ihn über den Arm und ging damit zur Wohnung hinaus. Agrafena überließ mir nur Mund und Augen auf, tat aber sonst nichts zur Verteidigung meines Besitzes. Abfahrt zu mir lief wohl dem Scherz nach, schrie aber schon in zehn Minuten ganz außer sich und mit leeren Händen zurück. Wie von der Erde verschwand der Dieb!“

„Wieso ein Dieb! Ein Glück, daß er Ihnen noch den Mantel gelassen hat. Er hätte uns ja sonst gänzlich aufs Tordane gesetzt, der Schuft!“

Abfahrt zu mir war aber so erschüttert, daß ich nur Beruhigung über ihn den Diebstahl bald ganz vergaß. Er konnte es gar nicht lassen, wie das alles so hätte geschehen können. Jeden Augenblick legte er die Arbeit wieder aus der Hand und begann von Neuem, die Sache zu erzählen: wie das alles geschehen war, wie er gestanden, wie man vor seinen Augen, zwei Schritte von ihm entfernt, den Paß genommen hatte, und wie es gekommen war, daß er den Dieb nicht hatte packen können. Nach einiger Zeit setzte er sich an die Arbeit, aber es dauerte nicht lange und er warf sie wieder fort. Paß darauf sah ich ihn zum Hausknecht laufen, um ihm die ganze Geschichte zu erzählen, und ihm Worte zu machen, daß auf keinen Fall so etwas hätte geschehen können. Darauf kam er zurück und schimpfte Agrafena aus, und als er sich dann wieder an die Arbeit setzte, murmelte er noch lange vor sich hin: wie ich es alles getragen, wie er dort gestanden hätte und ich dort und wie jener vor seinen Augen, zwei Schritte von ihm entfernt, den Paß genommen hätte, usw. usw. (Fortsetzung folgt.)

Anden mit dem Hauptstich in Wandern eine Niederlassung erziehen. Es wird geplant, den Verschleiß von Waren und Konsumtionsmaterial zu betreiben, sowie eine Verkaufsabteilung für Eisen ins Leben zu rufen. Die Firma Krupp wird einen Reederei- und Transportbetrieb mit dem Sitz in Rotterdam eröffnen.

Sehr bemerkenswerte Konzentrationsbestrebungen sind in der Zuckerindustrie zu beobachten. Es vollzieht sich eine Annäherung der Rohzuckerfabriken zu den Raffinerien. Nachdem die Zwangswirtschaft aufgehoben ist, versuchen die Zuckerfabriken, durch Angliederung der Rohzuckerfabriken eine höhere Wertschöpfung zu gewinnen für ihre volle Ausnutzung der Betriebsleistung, indem sie ein Rohzuckerquantum zur Verfügung haben, das ihren technischen Einrichtungen die volle Ausnutzung sichert. Wie gemeldet wird, hat die Vereinigung der mitteldeutschen Zuckerfabriken der Zuckerfabrik Halle ein Kaufangebot gemacht, für ihre Aktien zum Kurse von 1000. Die Zuckerfabrik in Köthen wird als große Raffinerie ausgehandelt und es besteht die Absicht, die 8 anhaltischen Rohzuckerfabriken durch Lieferungsverträge anzuschließen.

Die Zuckerfabrik Glauchau ist in engere Verbindung eingegangen zu 4 Rohzuckerfabriken. Diese Bestrebungen werden besonders noch dadurch begünstigt, daß in einem einheitlichen Betriebe eine nicht unwesentliche Ersparnis an der Umwälzung eintritt. Die Vereinigung der mitteldeutschen Rohzuckerfabriken hofft, daß sie bei der Umwälzung, wenn die Umlage auf 2 v. H. jezt zur Ausführung kommt, den Betrag von 18 Millionen Mark erspart. Das Beispiel ist sehr lehrreich für die Wirkung der Umwälzung in wirtschaftspolitischer Hinsicht. Es ist anzunehmen, daß sehr bald diese Konzentrationsbestrebungen weitere Fortschritte machen. Beinhaltet durch die hohe Besteuerung im Umkehr. So schafft sich die kapitalistische Entwicklung selbst die Anreiztendenzen für die Konzentration des Kapitals.

Rußland und Genoa.

Von M. Hael Smig-Benario.

(Schluß.)

Was nun die rein wirtschaftlichen Probleme anbelangt, so ist es heute noch sehr schwer, zu beurteilen, was für Fragen auf der Konferenz von Genoa besprochen werden. Der Oberste Rat hat der Sowjetregierung bestimmte Forderungen gestellt, die die Sowjetregierung prinzipiell annehmen muß, um an der Konferenz teilnehmen zu können. Die Sowjetregierung hat schon ihre Zustimmung zu den Forderungen des Obersten Rates gegeben. Und es ist kaum anzunehmen, daß die Bolschewisten sofort in geschäfter Form mit Gegenforderungen auftreten werden. Man denke zum Beispiel an die Frage der Anerkennung der russischen Schulden. Die Sowjetregierung hat ihre Zustimmung zur Tilgung dieser Schulden erteilt. Auf der Konferenz wird nun erörtert werden müssen, auf welche Weise diese Schulden bezahlt werden sollen. Die Sowjetregierung steht dabei, wie man den Moskauer Blättern entnehmen kann, auf dem Standpunkt, daß Rußland eine internationale Anleihe zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes gewährt werden müsse. Diese Anleihe würde die Möglichkeit schaffen, die Produktivkräfte des Landes zu heben und erst dann würde Rußland in der Lage sein, allmählich die Schulden zurückzahlen. Objektiv betrachtet, wäre auch eine solche Anleihe der einzige Ausweg für den Wiederaufbau Rußlands und für die Tilgung der Schulden. Denn keine Regierung in Rußland wäre heute in der Lage, die Schulden auf anderem Wege zu bezahlen. Es fragt sich nun, wie hoch diese Schulden festgesetzt werden sollen. Nach bolschewistischen Angaben betragen die Vor- und Nachkriegsschulden Rußlands 13 Milliarden Goldrubel. Die Sowjetregierung hat jedoch nur die Vorkriegsschulden anerkannt. Werden jedoch auf der Konferenz auch die Kriegsschulden erörtert, so ist unbedingt zu erwarten, daß die Sowjetregierung Gegenforderungen erheben wird. Sie wird wahrscheinlich vor allem darauf hinweisen, daß die finanzielle Hilfe, die während des Krieges Rußland geleistet wurde, für die Ententeländer große Vorteile gebracht habe, denn nur dank der Hilfe der Ententeländer konnte Rußland 3 1/2 Jahre den Krieg durchführen und damit wesentlich zu dem Siege der Ententeländer beitragen. Dann steht es jetzt schon fest, daß man in Moskau entschlossen ist, falls die Frage der Kriegsschulden aufgeworfen wird, von den Ententeländern die Wiedergutmachung der Schäden verlangen wird, die Sowjetrußland durch die Interventionen politisch zugefügt worden sind. Vor allem wird dann die Sowjetdelegation eine Entschädigung für die Entführung der sogenannten russischen Freiwilligen-Handelsflotte, der russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meer, sowie für das Verschwinden der Uralwälder während der englischen Okkupation im Jahre 1918/19 verlangen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Ententeländer die Gegenforderungen der Sowjetregierung akzeptieren werden. Andererseits ist es nicht wahrscheinlich, daß die Bolschewisten die Kriegsschulden anerkennen werden, wenn man ihre Gegenforderungen ablehnt.

Gerade die zwei wichtigsten Probleme, die Frage des Wiederaufbaues Rußlands und der deutschen Reparationszahlungen, werden kaum von der Konferenz endgültig gelöst werden können. Vor allem fehlt es noch immer an dem Wesentlichsten — an dem Vertrauen zwischen den Nationen. Noch in diesen Tagen sagte Trotski in einer Rede auf der Konferenz der kommunistischen Jugend in Moskau, daß Westeuropa und Sowjetrußland mit zwei Lohfeinden verglichen werden müssen, welche gezwungen sind, solange in einem Coupé zu fahren, bis der eine den anderen aus dem Fenster hinauswirft. Fahren die Bolschewisten mit solchen Vorstellungen nach Genoa, dann kann natürlich kaum die Hoffnung gehegt werden, daß eine dauernde Gesundung der Weltwirtschaft herbeigeführt werden wird.

Mag Süß — Ehrenmitglied des Moskauer Sowjets.

Die Sowjetdelegation haben Mag Süß und den bis jetzt im Gefängnis befindlichen palinischen Kommunisten Dembal zu Ehrenmitgliedern des Moskauer Sowjets ernannt. In einem Schreiben an das Außenministerium ersucht der Bolschewist Mag Süß, bei den betrieblernen Regierungen Schritte zur Befreiung der gewählten Kommunisten zu ergreifen, damit diese ihren Delegiertenpflichten nachkommen können.

Drei neue sozialdemokratische Programmschriften.

Der Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“ gibt soeben drei kleine billige Flugschriften heraus, die für drei wichtige Teilgebiete sozialdemokratischer Parteiarbeit unsere programmatrischen Gedanken in ausgezeichneter Weise erklären, verteidigen und vertiefen. Es lohnt sich, diese drei kleinen Musterleistungen aus der Fülle der sozialistischen Werbeliteratur, herauszuheben. „Aufgaben und Ziele der neuzeitlichen Wohlfahrtspflege“ legt Genossin Helene Simon auf 28 Seiten dar, die mit einer scharfen Abgrenzung unseres Kampfes gegen die Klassenarmut von der bürgerlichen Wohltätigkeitspflege beginnt, und dann die Grenzfrage der sozialen Lohnregelung freilegt. Die verschiedenen Rechts- und Organisationsformen der Wohlfahrtspflege und die ganze Fülle ihrer Einzelaufgaben werden im Hauptteil der Broschüre mit praktischer Erfahrung und unter ständigen Hinweisen auf den prinzipiellen und organisatorischen Zusammenhang mit der allgemeinen sozialistischen Bewegung in ganz knapper Zusammenfassung dargestellt. Das Gesamtziel wird zum Schluß noch einmal zusammengefaßt, wobei die Programmpunkte sich offensichtlich an die Schrift der beiden englischen Genossen Webb anschließen, deren Buch „Das Problem der Armut“ uns H. Simon vor dem Kriege ins Deutsche vermittelt hat. Man wünscht diese Schrift in die Hand jedes männlichen und weiblichen freiwilligen und beruflichen Wohlfahrtspflegers und derer, die es noch werden sollten.

Die Göttinger Programmschrift zur „Kultur- und Schulpolitik“ umschließt Gen. Antonio Wüllf ebenfalls ganz knapp in frischer und selbständiger Weise. Wir können vielen ihrer anregenden Gedanken nicht zustimmen. Sie begründet zum Beispiel die sozialdemokratischen Bildungsforderungen zum Teil aus dem Bedarf des republikanischen Staates an innerlich freien und gebildeten Bürgern, was uns allzu „staatsmännisch“ geachtet erscheint. Die Republik besteht ja ihrerseits ihr Lebensrecht, soweit das Problem der Staatsform für uns nicht einfach eine Zweckmäßigkeitsfrage der Kampf-taktik für den Sozialismus ist, aus ihrer Bedeutung für die objektiveren Bildungs- und Freiheitsgüter bedürftige Persönlichkeit.

Die „Erziehung zu den Idealen der Republik“ darf nicht mit dem bloßen Abwehrkampf des Staates um seine Selbsterhaltung gegen pädagogische Unterminierung gleichgesetzt werden, der, rein negativ geführt, übrigens auch zur Erfolglosigkeit verdammt ist. Daß die kurzen Ausführungen zur Volkshochschulfrage keine scharfe Abgrenzung gegen die bürgerliche Volkshochschularbeit mit ihrem Halbbildungs- und solchen harmonisierenden „Gemeinschafts“-Organisationsziel bringen, ist nicht Schuld der Verfasserin, sondern des hierin ungenügenden Programms, ebenso das Fehlen einer Stellungnahme zur Wissenschafts- und Kunstpolitik, in der ein Begriff wie „Freiheit der Wissenschaft“ von sozialistischer Seite verteidigt und aus seinem altliberalen Sinn ins Positive hinübergeführt werden müßte. Doch sind diese Wünsche hier nur angemerkt, weil die kleine Schrift der Genossin Wüllf auf diesem ganzen Gebiet nicht aus früherer sozialistischer Literatur schöpfer kann, wenn man von den Fragen der Schulpolitik und der Religionsfrage absteht, in denen sie durchaus auf der Höhe steht. Als Leistung verdient auch ihre Arbeit volle Anerkennung.

Gedankenreich, gründlich und knapp zugleich ist schließlich auch Mag Szardas Erläuterung zum Programmabschnitt „Sozialpolitik“. Wie dieser Verfasser auf 16 Seiten unsere sozialpolitischen Einzel-forderungen in ein geschlossenes System bringt, wie und da historisch beleuchtet, dann wieder organisatorische Zukunftsbilder vorführt und schließlich mit wenigen Zeilen in den Rahmen unserer ganzen gesellschaftlichen Verfassungsgedanken einordnet, das sollte jeder Parteigenosse selbst nachlesen. Er findet hier nicht nur Forderungen für den politischen Kampf mit dem Gegner, sondern Anregung, selbst weiter zu denken und mit zu helfen am Ausbau unseres Programms und — an seiner Verwirklichung.

Gewerkschaftsbewegung.

Schulterlassung und Berufswahl.

Vom Obmann der Breslauer freigewerkschaftlichen Gesellen-

ausschüsse wird uns geschrieben: Mit Schluß dieses Quartals sehen wieder tausende Volksschüler und Schülerinnen dem Ende ihrer Schulpflicht entgegen und treten ins öffentliche Leben hinaus. Der übergroße Teil hat nun nicht das Glück, wohlhabende Eltern zu besitzen, sondern muß sofort mit uns Geld verdienen gehen, um den schmalen Erwerbseinkommen des Haushaltes durch seine Arbeit etwas aufzubessern zu helfen. Ja, vielfach warten Vater oder Mutter mit Sorgen, daß ihr Kind „selbständig“ wird, um an ihm eine Stütze zu haben. Diejenigen aber, die Eltern aus der Schule entlassen werden, haben ihre Kinderjahre unter den schmerzlichen Verhältnissen verleben müssen, und ungeheuren Schaben an körperlicher und geistiger Entwicklung erlitten. Auf diesen Umständen müssen Eltern, Vormünder usw. Rücksicht nehmen, wenn sie nun daran gehen, für ihre Kinder und Schutzbedürftigen einen Beruf auszuwählen. Nicht die im Augenblick lohnendste Beschäftigung sondern die für den Gesundheitszustand des Kindes erträglichste muß gewählt werden. Im Rahmen dieser Zeilen wird es angebracht sein, vor dem Ergreifen der überfüllten Berufe zu warnen. Nun ist in Breslau beim Arbeitsamt der Stadt ein Berufsamt (Berufstellenvermittlung) gebildet worden, das sich der Mitarbeit aller beteiligten Kreise, auch der freien Gewerkschaften, erfreut, und auf dem Gebiet der Berufstellenvermittlung für Arbeitgeber sowohl als für Arbeitnehmer (Lehrlinge) günstige Erfolge zu buchen hat. Es ist daher notwendig, daß die Eltern usw. die gemeinnützigen Einrichtungen der Stadt in Anspruch nehmen. Sie haben dadurch nicht zu befürchten, daß ihr Kind den erwähnten Beruf infolge Körper- oder Geisteschwäche aufgeben müßte, um nach einem halben oder ganzem Jahre etwas anderes zu ergreifen, oder, nachdem sich Meister und Gesellen mit solchem schwachen Gehalt 3-4 Jahre gewidmet haben, er dann, wenn auch die Gesellenprüfung mit „genügend“ bestanden, in die Zahl der ungeliebten Arbeiter ein-treten muß, weil er in dem erlernten Beruf nicht fort kann. Die

Berufswahl geschieht kostenlos, und wird der Knabe oder das Mädchen auf Gesundheit und Fähigkeit des zu erlernenden Berufes geprüft. Darüber hinaus ist notwendig, daß sich alle Eltern, Vormünder usw., bei der betreffenden Organisation der Arbeiterkraft nach den für den Beruf zu stellenden Anforderungen erkundigen. Die Gewerkschaften, vereint mit den Gesellenausschüssen, sind gern bereit, jede gewünschte Auskunft zu geben. Beim Abschluß der Lehrverträge sollte man ebenfalls nicht auf den Rat der Gewerkschaften bezug. Gesellenausschüsse, verzichten. Die letzteren haben verschiedentlich in ihren Tarifverträgen, die letzteren mit den Innungen, Bestimmungen getroffen in bezug auf die Dauer der Lehrzeit, Arbeitszeit, und über die Entschädigung (Kostgeld der Lehrlinge) u. a. m. Es gibt eine Anzahl Meister, die meistens ohne Gesellen, dafür aber mit umjomehr Lehrlingen arbeiten, die sich nicht um die festgesetzten Bedingungen für die Haltung und Ausbildung der Lehrlinge kümmern. Bei ihnen ist Grundfaß, recht viel an den Lehrlingen zu verdienen, ob er aber den Beruf ordentlich erlernt, ist effischen unter ihnen gleich, neben den Eltern und Meistern haben aber die Gesellen (Schiffen) selbst Obacht zu geben, daß bei Einstellung und Ausbildung der Lehrlinge alles vermieden wird, was diesen nicht zuträglich ist. Sie müssen darauf achten, daß in einem Betriebe nicht zu viel Lehrlinge vorhanden sind, daß sie vor allen Dingen nicht zur Leistung von Überstunden herangezogen werden (auch für den Lehrling gilt der Achtstundentag!) und daß ihre Ausbildung so betrieben wird, daß ihnen Gelegenheit gegeben ist, ihr Handwerk gründlich zu erlernen. Sie müssen eingedenk sein, daß ihr Beruf, der ihnen Brot und Arbeit gibt, nur dann zu höchster Blüte entfaltet werden kann, wenn der gewerbliche Nachwuchs in jeder Beziehung den geforderten Anforderungen gerecht wird. Den Lehrling aber nicht als den kommenden Konkurrenten, sondern den Kameraden und Kollegen ansehen, mit dem sie Not und Freude zusammen teilen sollen, mit dem sie Schulter an Schulter für die Verbesserung ihrer Lebenslage später kämpfen müssen, dann werden endlich auch die härteren Lehrjahre zwar keine Herrenjahre, aber dennoch eine Zeit werden, an die der Erwachsene oft und gern zurückdenkt, weil sie ihm die Möglichkeit gaben, nicht nur ein tüchtiger, sondern auch ein freier Arbeiter zu werden.

Nun noch einiges an die Lehrlinge selbst: Sie mögen den guten Vorlaß mitbringen, den erwähnten Beruf mit Lust und Liebe zu ergreifen, sich selbst eingedenk sein, daß sie Lehrjahre vor sich haben und den guten Willen zeigen, ein tüchtiges Glied in unseren Reihen zu werden.

Lehnbewegung der Textilarbeiter in den Spinnereibetrieben.

In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung nahmen die Beschäftigten der Spinnereibetriebe Breslaus von dem absehenden Verhalten der Arbeitgeber zur Lohnzulage Stellung. Mit schwerer Mühe gelang es der Versammlungsleitung, die Unversöhnlichkeit zu beruhigen, daß alles getan werden wird — um den Arbeitgebern die dringende Notwendigkeit der Lohnzulage zu beweisen. Die Versammlung sah folgende Beschlüsse:

Die heute im Gewerkschaftshaus abgehaltene, überfüllte Mitliederversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes für Spinnereiarbeiter beschloß einstimmig, daß der Deutsche Textilarbeiterverband beauftragt wird, den Arbeitgebern sofort die Mitteilung zugehen zu lassen, daß sie sich innerhalb 48 Stunden zu erklären haben, ob sie gewillt sind, in neue Verhandlungen einzutreten. Andernfalls ist ein unparteiisches Schlichtungsgericht anzurufen. Der Hauptvorsitzende des Verbandes ist zu benachrichtigen, daß die Arbeiterkraft unter keinen Umständen länger gewillt ist, sich von den Arbeitgebern in dieser Weise behandeln zu lassen. Es wird weiter gefordert, daß den Arbeitgebern mitgeteilt wird, daß bis zum Abschluß der Verhandlungen an verheiratete Mütter ein Lohnzuschuß pro Woche von 100 Mark, an ledige Mütter von 75 Mark und an Weibliche von 50 Mark zu zahlen ist.

Diese Entschädigung wurde einstimmig angenommen und die Versammlung bewies, daß jeder Einzelne nun überzeugt davon ist, daß den Arbeitgebern die trostlose Lage der Arbeiterkraft noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist.

Nach der Aufforderung, in den Betrieben die Verbandsbücher zu revidieren, wurde beschlossen, daß die Verbandsleitung sofort alle gestellten Forderungen weiter zu geben habe.

Betriebsrätekurus Engelbert Graf.

Der Unterricht am Donnerstag mußte bedauerlicher Weise nach einer heute eingegangenen Mitteilung ausfallen, weil der Dozent infolge des Eisenbahnstreiks von Kohlsur nicht nach Breslau gelangen konnte.

Der folgende Unterrichtsabend am kommenden Dienstag aber findet sicher statt, weil das Reiseprogramm den Vortragenden dann nicht mehr so weit von Breslau fortführt.

Alles weitere in der nächsten Unterrichtsstunde, zu der die Teilnehmer zahlreich erscheinen wollen.

Arbeiterrechte bei der Deulus-Industrie Ueberwachungs-N.G.

Der Transportarbeiterverband ersucht uns um Aufnahme nachstehender Zeilen:

Nach den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung haben alle Lohnempfänger, soweit sie Wochenlohn beziehen, zweiwöchentliche Kündigungsfrist, soweit sie Monatslohn beziehen, vierwöchentliche Kündigungsfrist und nur die Stundenlöhne bezug. Tagelöhner haben tägliche Kündigungsfrist.

Die Deulus-Industrie Ueberwachungs-Gesellschaft beschäftigt eine Anzahl Wächter, die sie mit dem Motto „das Ganze ist eine Personalsache“ empfindet und mutet vielen Stücken des Unternehmens — es sind hier tatsächlich Stücken des Unternehmens, denn nur Wächter, welche wissen, daß sie sich in einer festen Stellung befinden, können bei dem fürstlichen Lohn, bisher 806 bezug. 956 Mark, vom 1. Februar 1922 ab, in entgegenkommender Weise“ 1110 Mark pro Monat Interesse an der Dienstleistung haben. Ob man bei 956 Mark oder 1110 Mark Monatslohn überhaupt noch Interesse voraussetzen kann, das zu beantworten, überlassen wir den Auftraggebern. Eins steht fest, der Wächter, der mit täglicher Kündigung bei einem so hohen Lohn eingetrußt wird, wird niemals ein Interesse an der Arbeitsstelle und damit an der Auftragsverteilung haben können. Aber das ist ja auch nicht der Zweck des Unternehmens. Dieser scheint wo anders zu liegen, sonst würde nicht heute, noch 10 Monate nach dem Austritt eines Aufsichtsratsmitgliedes, die Firma mit dem Namen dieses Aufsichtsratsmitgliedes in der Öffentlichkeit werden. Wir rufen den Betriebsratsmitgliedern der Industrie zu, daß die Wächter besser als bisher anzusehen und in jedem Verdachtsfall sofort Rückfrage bei der unterzeichneten Organisation zu halten. Die Deulus-Gesellschaft beschäftigt, Wartegeldempfänger aus den aufgelassenen Selbstschutzorganisationen einzustellen, um damit noch mehr auf den Wächterlohn drücken zu können. Solche Wartegeldempfänger bedeuten nicht nur eine Gefahr für die bessere Entlohnung der Wächter, sondern sind auch ganz abgesehen davon, daß sie dort, wo sie gewirkt haben, ungünstige Einbrüche zurückgelassen, eine wirtschaftliche Gefahr, weshalb wir auch in dieser Richtung hin bitten, jeden einzelnen Bewachungsauftrag eingehend zu prüfen, von welchem Institut und von welchem Wächter er ausgeführt wird. Wir können nie ein Institut empfehlen, das keine Wächter so miserabel entlohnt, wie es in vorliegendem Falle ge-langene ist.

Deutscher Transportarbeiterverband Ortsverwaltung Breslau.

Die Aussperrung der dänischen Metallarbeiter.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Der vom dänischen Arbeitgeberverband angelegte Beginn der Aussperrung von etwa 10000 Arbeitern ist bis auf weiteres verschoben worden, da der amtliche Schlichter heute einen Vermittlungsvorschlag zur Beilegung der Arbeitsstreitigkeiten überreicht hat. Die Arbeitgeber und Arbeiter werden über diesen Vorschlag weiter verhandeln.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 6. Februar.

Sozialdemokratischer Verein.

Beamtet Freitag, den 10. Februar, abends 7 Uhr, im Saal der Börse, Graupenstraße 15, Beamten-Versammlung.

Beamteten-Vertrauensleute der S.P.D. Einladungsjetztel zu der Beamtenversammlung sind morgen Dienstag, von 4 Uhr ab, im Partei-Sekretariat, Zimmer 37, abzuholen.

Wir weisen nochmals auf die heute abend 7 1/2 Uhr in den Sambrinussälen, Langegasse 60/62, stattfindende öffentliche Volksversammlung hin. Thema: Gemeinschafts- oder weltliche Schule? Redner: Herr Lehrer Piesch und Herr Lehrer Gabriel.

Kündigung, Jungsozialisten! Dienstag, den 7. Februar, abends 8 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 32, Arbeitsgemeinschaft. Direktor Dr. Gargenmiller spricht über Kulturfragen des östlicher Parteiprogramms.

Die neuen Brotpreise.

Der Bäcker-Innungs-Verband Schlesiens schreibt uns: Am 4. d. Mts. tritt in Breslau eine weitere Preissteigerung für markenfremde Backwaren ein. Es kosten von diesem Tage an: 1 Pfund markenfremdes Brot 4.00 Mk. 1 markenfremde Semmel 1.00 "

Die anhaltende Inflationsbewegung der Welpreise und die außergewöhnlich gesteigerten Herstellungskosten machen diese Preissteigerung notwendig. Gegen seinen Willen ist das Breslauer Bäckerhandwerk durch den wirtschaftlichen Zwang zu einer Preisänderung gezwungen worden.

Eine Gegenüberstellung der Freiens- und heutigen Tagespreise für Mehl- und Backwaren zeigt deutlich, daß das Bäckerhandwerk eine marktspezifische Preispolitik treibt, aber durch Material- und Herstellungskosten zu Preissteigerungen gezwungen wird.

Table with 2 columns: 1914 and 1922. Rows include Roggenmehl je Ztr., Weizenmehl, Auszugsmehl, Brot je Pfund, and 1 Semmel.

Leider ist von Mitte Februar ab auch mit stark erhöhten Preisen für Mehl- und Backwaren zu rechnen, für die nicht das Bäckerhandwerk verantwortlich zu machen ist, sondern die darauf zurückzuführen sind, daß das Reich unter dem Zwange der Reparationskommission von weiteren Zuschüssen für eine künftige Verbilligung der Lebensmittel absehen muß.

(Die weiteren Gründe für die ungeheure Brotpreissteigerung, die in der „Freien Wirtschafts“-Politik der bürgerlichen Parteien und in der fanatischen Behandlung der Landwirtschaft durch den bürgerlichen Ernährungsminister Dr. Hermès liegen, haben wir wiederholt in der „Volkswacht“ dargestellt, um vor dieser Politik zu warnen. Red.)

Eine unnötige und schädliche Rundgebung.

Der überall plakatierte Aufruf des neu gegründeten „Bundes für Recht und Wahrheit“ hatte den Zweck, am Sonntag vormittag nur zu einem knappen Drittel erfüllt zu werden. Wir haben bereits am Sonntagabend zu der Bekanntheit Stellung genommen und unter anderem darauf hingewiesen, daß die Rundgebung nicht notwendig ist, sondern die Bekanntheit der Republikaner unter den Rednern die Worte des deutschen nationaler Verirrter gezeit haben, wie groß die Gefahren eines solchen gefährlichen Zusammengehens sein können. Hier muß alles gefährliche Reden vom „rechten Wege“ nicht, sondern es eben nur ein Reden ist. Diesen unbedenklichen Elementen gegenüber, die aller Welt gegenüber heute noch das Deutschland von einst verkörpern, das sich den Haß der ganzen Welt zuzugewandt, wird es eben immer heißen müssen: drei Schritte vom Leibe. Das alte Deutschland des Militarismus ist tot und die der Welt so gern beweihechten, müssen sichtbarlich sterben, nicht nur, weil sie des neuen Deutschlands außenpolitische Stellung gefährden, sondern auch die innere Entwicklung des neuen Deutschlands der Arbeit und des Friedens im Zusammenhang damit verhindern. Die Rundgebung sollte sich gegen die Verleumdung Deutschlands in der Welt richten. Man erreicht das aber nicht, wenn man auch die straflichen Kriegsverbrecher unter den Beschludigten, die nicht allzuweit vom Auslande für solche gehalten werden, „Heiden“ nennt, die das ganze Volk auf Händen tragen, denen es Dankmaler errichten müßte und die „Selben“ als die Männer bezeichnet, die „Deutschland vielleicht noch einmal in eine bessere Zukunft führen könnten“.

Erwin Bartz, der als erster sprechen sollte, war angeblich wegen des Streiks nicht erschienen. Herr Prof. Sorkhaufer, als Vertreter des Bundes, hielt eine Einleitungsrede, deren Wert oder Unwert nur in ihrer Sentimentalität lag. — Ausführlich auf die Reden der anderen Parteiredner eingegangen, verlohnt wirklich nicht. Der Generalsekretär Sorkhaufer der Demokratischen Partei unterschied sich wenig von den nachfolgenden rednerischen Herren. Oberlandesgerichtsrat Schneider vom Zentrum lehnte das Auslieferungsgesetz als juristischsten Standpunkt ab, der Deutschnationaler Dr. Sireker sang den Heilgesang auf die Kriegsschuldigen. „Was gilt uns die Achtung der Welt?“ rief er, „hier — er zeigte mit großartiger Gebärde auf seine deutsche Heidenbrust — hier steht die Achtung vor mir und darauf kommt es an.“ — Er lehnte eine Gegenliste ab und wollte Haß und Gut für das Vaterland hergeben, aber nur in der Zukunft, nicht im Steuerzuschuß des Reichstages, wo seine Abgeordneten ganz andere Töne anschlagen. Herr Mezentzen von der Deutschen Volkspartei schien im Unterbewußtsein ein richtiges Gefühl zu haben! Er beweihechte den Wert solcher Runden gegenüber der Parteien: hätte er nur zu Ende gedacht und sich gefragt: was nützt das ganze Wahlschreiben, oder was — schadet es?! — Herr Prof. Kessel, durch seine ziemlich unbegründeten Angriffe gegen die ehemalige Regierung in der Kriegsgesandtenfrage bekannt, mußte auch diesmal — wohl ganz gewohnheitsmäßig — zum Schluß der Regierung einen Haß verlesen, der allerdings, wie immer, nicht sah. Eine Revolution im Geiste der Redner wurde angenommen. Zum Schluß sammelte man Geld für die neue Bundesgründung, die dritte oder fünfte ihrer Art in Breslau.

Das Hilfswert des Breslauer Einzelhandels.

Der Verein Breslauer Detailisten hielt am Donnerstag Abend seine Hauptversammlung in der „Neuen Börse“ ab. Der Vorsitzende, Kaufmann Gräffner, konnte mitteilen, daß der Aufschwung des Einzelhandels für Arbeitslose und andere besonders bedürftige Personen einen sehr guten Erfolg gehabt habe. Es dürften ungefähr 2 Millionen Mark zusammen gekommen sein, die nun unter Aufsicht des städtischen Wohlfahrtsamtes unter den Bedürftigen verteilt werden sollen. Auch für die Opfer in Oppau wurde eine Sammlung veranstaltet, die 2000 Mark ergab. Der Vorsitzende empfahl, angesichts der vielen Gefahren, die dem Einzelhandel drohen, sich fest zusammenzuschließen.

Welche große Menge Arbeit der Verein im verfloffenen Jahre geleistet hat, ergab der Geschäftsbericht, den Kaufmann Centaewer erstattete.

Nach erfolgter Rechnungslegung wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Alsdann wurde eine 100prozentige Erhöhung der bisherigen Beitragszahlung beschlossen. Den Schluß der Versammlung bildete ein lehrreicher Vortrag des Vereinspräsidenten, Rechtsanwalts Dr. Weichlein, über „die neuesten Erleichterungen bei der Einkommensteuer“.

Vom Arbeiterbildungsausschuh.

2. Vorstellung der Freien Volkstheater.

Morgen, Dienstag, abend, ist von 7-9 Uhr im Zimmer 36 des Gewerkschaftshauses Ausgabe der Gutschein für die Aufführung von Georg Kaiser's vielbesprochenen Schauspiel „Gas“ am Dienstag, den 14. Februar im Lohentheater. (Gutschein gegen Vorzeigung des Gewerkschafts- oder Partei-Mitgliedsbuches für Doppelpflege 16 Mk., für Einzelpflege 8 Mk.)

Die Auslosung der Gutschein erfolgt wiederum am Abend der Vorstellung im Rauffraum des Lohentheaters.

Damit man von der eigenartigen Form dieses Schauspiels nicht zu sehr überrascht ist und sich vorher schon in den Abendgehalt des Stückes hineinfinden kann, wird das Theaterprogramm in dieses Abends, das diesmal außer dem Personenverzeichnis eine ausführliche Einführung enthalten wird, bereits morgen abend mit verkauft werden.

Städtische Schullindergärten.

In die städtischen Schullindergärten Georgenstr. 18, Gräbnergasse 56, Nebenstraße 5 und Berlinerstraße 63 werden auch in diesem Jahre je 30-40 schon im schulpflichtigen Alter stehende, aber noch nicht schulpflichtige und daher vom Schulbesuche zurückgestellte Kinder unentgeltlich aufgenommen. In den Schullindergärten sollen die Kinder durch geeignete Pflege und Ueberwachung für den späteren Schulbesuch, ähnlich wie es in anderen Städten der Fall ist, zeitig geübt werden. Die Schullindergärten sind im Sommer von 8-12 Uhr und im Winter von 9-1 Uhr zu besuchen. Mit Rücksicht auf den meist schwachen Gesundheitszustand werden die Kinder ärztlich überwacht.

Kinder, die Ostern 1922 schulpflichtig werden, aber wegen Schulleistungen vom Schulbesuche zurückgestellt werden müssen, können sich schon zum Besuche der Schullindergärten entweder bei der städtischen Schulverwaltung, Gartenstraße 3, Gartenhaus II, Zimmer 9a, in der Zeit von 8-3 Uhr, oder in dem nächstgelegenen Schullindergarten, in der Zeit von 9-11 angemeldet werden.

Sport am Sonntag.

Fußball-Sport.

Sonderklasse:

Table with 3 columns: Team, Opponent, Result. Includes Britannia I vs Dels I, Britannia II vs Dels II, West I vs Süd I, West II vs Süd II, Stern I vs Sturm I, Stern II vs Sturm II.

A-Klasse:

Table with 3 columns: Team, Opponent, Result. Includes Vorwärts I vs Kickers I, Vorwärts II vs Kickers II.

B-Klasse:

Table with 3 columns: Team, Opponent, Result. Includes Möbe I vs Falke I, Sturm III vs Sparta III.

III. Bezirksmannschaft:

Table with 3 columns: Team, Opponent, Result. Includes U. J. Brieg I vs Sparta II, Falke I J. vs West III J.

I. Jugendmannschaft:

Table with 3 columns: Team, Opponent, Result. Includes U. J. Brieg I vs Sparta II, Falke I J. vs West III J.

Filmschau

Im Lausitzer-Theater läuft diese Woche ein ausgezeichnetes Film „Die fünfjährige Vestalin“. So heißt das Stück eines berühmten Dichters, dessen junger Sohn den Vater bitter, ihn in einer der Hauptrollen aufzutreten zu lassen. Der Vater träumt daraus seines und seines Sohnes Untergang und Wahnsinn durch die Gemeinheit der ersten Darstellerin. Die Grenze zwischen Traum und Wirklichkeit erscheint allerdings ziemlich stark verwischt, so daß die Lösung, daß all das Furchbare nur ein Traum war, überraschend wirkt. Die ausgezeichneten Darsteller seien genannt: Ernst Schramm, Peter Arnolds, Helga Woland etc. Die musikalische Leitung unter Kapellmeister Collin war wieder, sowohl in der Auswahl wie Ausführung der Stücke ausgezeichnet. Der Schwank „Das kommt von der Liebe“ mit Leo Peukert ist recht lustig.

Ufa-Theater. „Kinder der Finsternis“ heißt der neue zweiteilige Film, dessen erster Teil diese Woche in Ufa-Theater und seine wunderbaren Aufnahmen aus Kenia und Kapel fesselt. Ein abschließendes Urteil wird erst nach dem zweiten Teil möglich sein.

Die Serie der Filmdarstellungen der „großen Revolution“ ist wieder um ein Bild bereichert. Die Ufa-Theater zeigen dieses Mal Danton im Film, Danton, der mit Marat und Robespierre das Dreigestirn zu Beginn der großen französischen Revolution bildet, sich dann aber den Haß des blutdürstigen Robespierre zuzieht, weil er angeblich nicht mehr ein Freund des Volkes sei und Aristokraten begünstigt. Sehr treffend und lebenswahr ist die Darstellung der großen Revolutionäre, das bald Danton zujubelt, bald ihn verdammt und schließlich ganz seinem Schicksal überläßt, als der Anführer der Revolutionäre. Die Darstellung der Revolutionäre ist sehr lebendig und lebenswahr, im Akt ist der Gerichtshof leer, Danton wird mit anderen bekannten Revolutionärgestalten zum Tode verurteilt, und noch in derselben Nacht wird das Todesurteil vollstreckt.

Die Massenorgane sind wirkungsvoll; wir sehen einen lebensvollen Ausschnitt aus dieser Revolution, welche mit allem Akten so gründlich austräumt. Auch eine sogenannte Revolutionshochzeit wird uns gezeigt. Alles in allem, ein lebensvoller Film.

Damit auch die auf ihre Kosten kommen, die gern etwas Feineres im Kino sehen wollen, ist das nette Lustspiel „Die Heimkehr des Odyseus“, mit Henry Vortzen als Mannespaar noch für einige Tage verlängert worden.

In der Schauburg läuft diese Woche wieder einmal ein besonders prächtiger Film, der den Kampf zwischen Rom und Karthago behandelt. Sage und Wirklichkeit schaffen eine Stimmung, die jeden Zuschauer ergreift. Ein Auslandsbericht mit den Schrecken eines Erdbebens wird packend geliefert. Dann der Kolonialdienst der Alten, der Zug Samuels über die Alpen, die Verbrämung der römischen Flotte durch den Brandstiftung des Phönix, und was uns sonst von diesem Weltkriege mehr

Gerichtliches.

Der betrogene Schmuggler.

Der Kaufmann Baum in Frauenhain in der Tschesko-Slowakei betrieb seit langer Zeit einen umfangreichen Spiritus-Schmuggel. Er hatte für diesen Zweck einen eigens dazu gebauten Wagen, bei dem unter dem Sitz zwei Behälter eingebaut waren, die den Spiritus aufnahmen. Unwiderkennlich machte Baum eine solche Reise nach Breslau, ohne daß ihm etwas passiert wäre. Er hatte aber in der Person des Wäders Viktor Langner aus Weidenau einen Feind, der um die Schmuggelgeschäfte wußte. Dieser beschloß, dem Baum einen Streich zu spielen. Er ging in das Cafe Wiesner auf der Reichstraße und weckte den Bräuderbauer Josef Kössner und den Schlosser Karl Schmidt in seinen Plan ein. Am 12. März 1921 saucerten Kössner und Schmidt zwischen Frauenhain und Weidenau dem Wagen des Baum auf. Sie traten an den Wagen heran, gaben sich als Kriminalbeamte aus und erklärten, gegen eine Kaution von 10000 Mark könne er sein Gejpann in Weisse wieder abholen. Die Straßentäuber kamen aber nicht weit, denn bald wurde ihnen das Gejpann wieder abgenommen.

Jetzt standen Langner, Kössner und Schmidt vor der Breslauer Strafkammer. Die beiden letzteren erhielten wegen Verletzung des Amtsvertrages, Widerstand und Bedrohung je ein, resp. elf Monate Gefängnis, wovon je sechs Monate als verbüßt erachtet wurden. Langner wurde wegen Anstiftung zu diesen Straftaten zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wurden.

Ein Heiratschwindler.

Ein Geschäft, das immer geht, ist der Heiratschwindel. Fast täglich muß sich das Gericht mit solchen Leuten beschäftigen, die leichtgläubigen Mädchen das Geld aus der Tasche loden. Meistens erkennt das Gericht in solchen Fällen auf exemplarische Strafen. Auch jetzt verurteilte die hiesige Strafkammer den Weissen Richard Hirsch zu einem Jahre Gefängnis, weil er unter dem Vorwand, das Mädchen heiraten zu wollen, ihm die gesamten Ersparnisse abgeschwindelt und schließlich auch noch das Sparfläschchen mit dem Rest von 400 Mark gestohlen hat. Es kann nicht genug davor gewarnt werden, sauer eripartes Geld so ohne weiteres leichtgläubig wegzugeben.

Ein unaufrichtiger Mensch.

Der Kinoschauspieler Walter Reuter aus Bonn hielt sich öftig in Breslau auf. Da wandte er sich an die Heilsarmee und hier wurde ihm Döbner und Effen gewährt. Als Gegenleistung verlangte man von ihm, daß er Aufträge für Hof- und Heilsarmee bringe. Doch da stellte es sich heraus, daß er nur fingierte Aufträge brachte und auch auf gefälschte Quittungen Gelder eingezogen hatte. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu drei Monaten Gefängnis.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Bereitete Theater. Montag Abend wird für die Kunstgemeinde Serie B (und im freien Verkauf) „Das Weib auf dem Meer“ und am Dienstag Bedefinds „Kammerjäger“ und Schnitzlers „Grüner Katabu“ gegeben.

Das Thalia-Theater wiederholt Montag abend zu billigen Preisen Nestors Post „Lumpaciwagabundus“ und am Dienstag, den lustigen „Doktor Stieglitz“.

Der Circus Böhme spielt entgegen anderen lautenden Gerüchten tagtäglich abends 7 1/2 Uhr. Umfassende Gerichte von einem Circus-Strahl entbehren jeder Grundlage. An das neue Lustprogramm schließt sich allabendlich das große Manegeprogramm „Der Glodenguß zu Breslau“ an. Sonntags finden nach wie vor zwei Vorstellungen statt. Die diesmalige Winterpielzeit geht bis zum 15. Februar.

Johann Strauß in Breslau. Wieder einmal wird Johann Strauß im Zoo zu 4 Gastkonzerten von Dienstag, den 7. bis Freitag, den 10. Februar einkehren. Der erste Abend: „Ein Abend bei Strauß“, soll ausschließlich eigene Kompositionen und Werke seines Vaters und Großvaters bringen und uns mit seiner einflussreichen Weilen in die alte Wiener Gemütlichkeit zurückführen. Der 2. Abend bringt wieder „Aus der guten alten Zeit“. Der 3. Abend bewegt sich „Im Reiche des Kaiserkrönigs“. Ein Wiener Walzer- und Lieberabend“ wird die beliebten Casspieler beschließen.

Der weniger glaubhaft überliefert wird, zieht an dem Beschauer vorüber, und gewinnt Gestalt. Für die nötige Rührseligkeit sorgt dabei Maciste, der Negerziege, immer wieder von neuem. Der Besuch der Schauburg kann somit diesmal auch denen empfohlen werden, die an den üblichen Filmgeschichten keinen Gefallen finden. Manche werden auch Irene Fidler gern wieder einmal sehen, die früher am Schauburgshaus war, und trotz des Nebentritts glücklich zu ihrer Gastrolle angelangt ist. Mozarts neunzigjährige Musikinstrumente hört man sich gleichfalls recht gern an.

Das Städtische Theater, Junkerstraße, bringt wieder einen großen Detektivfilm, betitelt „Der Ragenkopf“, 6 Akte, aus den Erlebnissen des Kriminalkommissars Wamowski. In sechs langen Akten wird die Aufmerksamkeit des Publikums in Spannung gehalten. Der Film will die unheimlichen Zusammenhänge zwischen Kriminalität und menschlichem Leid schildern, zeigen, wie letzteres oft im Leben einen Menschen zur Begleichung verbrochener Handlungen veranlaßt. Die Handlung beginnt mit einer Ehescheidung; das der Ehe entproffene Kind wird der Mutter zugeprochen. Der Vater legt nun alle Hebel in Bewegung, um das Kind wieder in seinen Bereich zu bringen, bringt einen entlassenen Zuchthäuser, dem es auch gelingt, das Kind zu rauben. Nun beginnt die Suche nach dem Kinde, das mit Hilfe des Kriminalkommissars auch glücklich der Mutter wieder zugeführt wird. Der Zuschauer wird u. a. in eine Verbrochene-fachemme geführt, in ein Hehlernest, und erfährt, daß der Ragenkopf das Zeichen einer Verbrochenerin ist. Kriminalkommissar Wamowski selbst spielt die Hauptrolle.

Auf diesen Detektivfilm folgt ein Großstadtbild in fünf Akten, „Der Mutter Schul“, mit Erika Gläner. Daß der Eltern Sünden sich an den Kindern rächen, dies will der Film an dem traurigen Schicksal der Tochter einer Hochkaplerin zeigen. Der erste Freier erschießt sich, als er von dem Leben und Treiben der Mutter erfährt, der zweite, dem dieses Treiben unbekannt ist, will das Mädchen heiraten. Sie scheidet aber selbst am Hochzeitstage aus dem Leben, weil sie sich seiner nicht würdig fühlte. Schöne Bilder sollen an dem Auge des Zuschauers vorbeiziehen; die Handlung geht flott vor sich; die Musikbegleitung ist ihr angemessen.

Deutsches Kino freisetzt mit den ersten Häusern, denn es bringt auch diese Woche eine Erstausführung. „Der geheimnisvolle Dokumenten die Nacht“ ist eine Spionagenaffäre mit den üblichen Verfolgungsszenen. Neu daran ist ein D-Tag mit Nibungen, aus dem der Dokumentenlieb, auf einem Pferde reitend, herabspringt und davongaloppiert. Man beachte, daß 50 Kilometer Geschwindigkeit. Schöne Dekorationen betonen die inhaltsvollen Film. Hetzjagd Satana. Ein hübsches Filmchen — Lucia Dorans — zeigt sich als Weibswelt, der der Männer Tod und Verderben bringt. Traghen in Schönen nicht immer mit Töblichkeit identisch. Sie lernen Heben, als es für sie zu spät war.

Aleine Breslauer Nachrichten.

Die Stadtverordnetenfraktion hält morgen keine Sitzung ab.

Der Aufnahme- und Prüfungszeitpunkt für Schüler und Schülerinnen der städtischen höheren und mittleren Schulen ist von den Schulleitern zu erfragen.

Die Volksberatungsstelle im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) ist im Monat Januar von 688 Personen, 362 Männern, 324 Frauen, besucht worden. Die Ratskämmer betrafen folgende Gebiete: Städtische Angelegenheiten verschiedener Art 317, Arbeiterversicherung 33, Angestelltenversicherung 3, Arbeits- und Dienstangelegenheiten 61, Strafrecht 18, Privatversicherung 8, Handels- und Gewerbelachen 10, Verschiedenes 1. Außerdem wurden 26 Schriftstücke angefertigt und in 97 Fällen Auskunft auf fernschriftliche Anfrage erteilt. Die Volksberatungsstelle ist werktäglich von 8-2 Uhr geöffnet.

Grabräume auf den städtischen Friedhöfen. Infolge der Trockenheit während des vorigen Sommers sind viele Grabräume, insbesondere die flachwurzigen Lebensbäume eingegangen. Die Schäden zeigen sich erst nach und nach. Heute steht ein großer Teil immergrüner Bäume verrotten da. Ihre Entfernung muß im Interesse des Friedhofsbildes baldigst vorgenommen werden. Die Benachrichtigung aller Grabberechtigten ist infolge des hohen Postgeldes nicht möglich. Wer gegen die Entfernung etwa Einspruch erheben will, wird ersucht, dies bis zum 28. Februar 1922 zu tun, da vom 1. März 1922 ab mit der Entfernung der Bäume begonnen werden muß.

Städtisches Lehrmittellamt. Mit der aus Stadtverordnetenrat beschlossenen Anregung, ein Lehrmittellamt zu schaffen, um den Einkauf, die Verteilung und etwaige Ausbesserungen von Unterrichtsmitteln der verschiedensten Art vorzunehmen hätte, beschäftigt sich in ihrer letzten Sitzung die städtische Schulverwaltung. Bei eingehenderer Nachprüfung stellte es sich bald heraus, daß die Einrichtung eines besonderen Amtes sich wegen der damit verbundenen hohen Kosten nicht durchführen läßt; es wurde aber ein Ausweg gefunden, der wesentlich geringere Mittel erfordert und dennoch zu dem gleichen Ziele führen dürfte. Das städtische Schulmuseum, das bereits früher ähnliche Arbeiten geleistet hat, wurde dazu ausersehen, die gewünschte Vermittlungstätigkeit auszuüben und dessen Leiter, Mittelschullehrer Schreier, mit der Verwaltung der Stelle betraut. Insbesondere kommt in Frage: Die Wiederherstellung schädigt gewordener Lehrmittel, die Auffrischung von Alkohol- und anderen Präparaten, der Austausch und die Zusammenführung von Schulbüchern, soweit solche durch den Abbau der Vorhüllungen oder andere Maßnahmen an einer Anstalt entschädigt worden sind. In all diesen Fällen tritt das Schulmuseum mit Rat und Tat den Schulleitern zur Seite; von ihnen, von der mehr oder weniger häufigen Inanspruchnahme durch sie wird es abhängen, ob sich die Neueinrichtung bewährt und ob das Schulmuseum das wird leisten können, was man vom Lehrmittellamt erwartet hat.

Die Wiederherstellung des städtischen Jugendheimes am vergangenen Sonntag gestaltete sich zu einem bescheidenen, deswegen aber nicht weniger frohen Fest. Eingeleitet durch ein Konzert der Heimen Orchester-Vereinigung, gewann die Veranstaltung durch die geschicklichen Erläuterungen des Heimleiters, Lehrers Rauber, und durch die anschließende Besichtigung der Räume auch für fernstehende an festlich wachsendem Interesse. Allgemeine Anerkennung fand der fröhliche Arbeitswille, der das Heim vor nunmehr 15 Jahren aus dem Nichts, ohne alle Mittel und ohne jede Unterstützung entstehen und der es durch alle Klippen der Kriegs- und der Nachkriegszeit ruhig und sicher dem feststehenden Ziele entgegenführen ließ. Unter der allgemeinen Leitung leitete natürlich auch das Heim; es kann nicht so ungeschaltet und erweitert werden, wie alle Freunde der Jugend es wünschen. Man blieb noch lange inmitten der Jugend beisammen und folgte mit viel Lachen und Händeklatschen einem Spiel vom „Großen Wirt“, das von einigen Mitgliedern des Heimes auf der eigenen Bühne in früher, flotter Weise dargestellt wurde.

Strober Geschäftseintrag. In das Geschäft Albrechtstraße 55 im ersten und zweiten Stock sind Einbrecher in der Nacht zum 1. d. Mts. eingebrochen und haben davongeschleppt: einen Samtmantel, ein Covercoat-Kostüm, ein weinrotes Kostüm, acht graue Kostüme, fünf blaue Kostüme, fünf Oberhemdblusen, sechs Covercoatmäntel mit Seide gefüttert. Die Sachen sind geeignet für Männer, und haben einen Wert von etwa 30 000 Mark. Die Diebe, und zwar ein großer und ein kleiner Mann im Alter von 26 Jahren, sind an der eisernen Stiegeleiter vom Hofe aus aufgestiegen, haben ein Fenster mit einer Kasse vollgeschmiert, es eingedrückt und sind dann eingestiegen. Auf die Ermittlung der Täter und die Herbeischaffung der Sachen ist vom Beschädigten eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt.

Holzrauchvergiftung. Am Striegauer Platz waren am 26. d. Mts. vormittags, drei Telegraphenarbeiter in einem Schacht beschäftigt und hatten dort zur Erwärmung einen eisernen Ofen aufgestellt, in dem sie Holz verfeuert. Sie achteten nicht des starken Rauches, der sich dabei entwickelte und von der harten Rinde in den Schacht zurückgedrückt wurde, bis sie schließlich betäubt waren und zusammenbrachen. Sie wurden aber bald entdeckt und man holte sie heraus. Zwei erholten sich bald an der frischen Luft, der dritte mußte aber mittels Krankenwagens nach dem Allerheiligen-Hospital überführt werden.

Strobenraub. In der Nacht zum 3. boten sich einem Kaufmann, der auf dem Heimwege die Blücherstraße entlang ging, drei junge Leute als Begleiter an und gingen mit ihm mit bis in seine Wohnung. Dort vermittelte der Kaufmann eine dunkelbraune rindlederne Briefkassette mit einer 2000 Mark und verschiedenen Papieren; sie war ihm von den drei Begleitern, die inzwischen verschwand waren, geraubt worden.

Verurteilung eines Diebes. Am 10. Januar ist ein Fahrraddieb auf der Reudorferstraße öffentlich verurteilt. Bei der Gelegenheit waren Diebe in seine Wohnung eingedrungen und hatten eine Menge Silber- und Goldgeld, jodane Krüge, Stoffe, Weinwand, einen Pelz, einige Fahrräder und verschiedene Nahrungsmittel entwendet. In diesen Tagen wurden ein Rechtsanwalt und eine Witwe ermittelt und festgenommen, die im Verdacht stehen, diese Verurteilung des Diebes ausgeführt zu haben.

Spirituosen. Einem Kaufmann auf der Reudorferstraße waren in letzter Zeit Spirituosen in großer Menge gestohlen worden. Die Diebe hatten die Behälter selbstverwundet an den Mann zu bringen gewußt und das mußte sie nicht verraten. Es gelang jetzt, einen Arbeiter und einen Destillateur zu ermitteln, die schon seit Monaten der Diebstahl ausgeführt und das Geschäft mit den gestohlenen Getränken betrieben haben.

Aus der Provinz Schläsien.

Schutz für Anliegersiedler.

Nach Abschluß eines Anliegersiedlungsverfahrens haben sich Sicherheit beim preussischen Landwirtschaftsminister Bewerben gemeldet, die von dem schwebenden Verfahren und von der Notwendigkeit, ihre Landbewässerung in diesem Verfahren anzugeben, keine Kenntnis hatten. Um die entstandenen Zweifel zu beseitigen, teilt der amtliche Preussische Presebericht aus einer Verfügung des preussischen Landwirtschaftsministeriums folgendes mit:

Die Anliegersiedlung ist für jede Gemeinde einseitig anzuordnen und zu veranlassen, während kein über die Anliegersiedlung anzuordnen dürfen. Das Verfahren muß deshalb nach dem Gemeindevorstand einer Gemeinde auf die Folgen der Anliegersiedlung aufmerksam gemacht werden. Das amtliche Preussische Presebericht teilt mit, daß die Anliegersiedlung in der Provinz Schläsien eine wichtige Rolle spielt. Die Anliegersiedler sind zu schützen und zu unterstützen.

Herüber nicht selbständig zu entscheiden vermögen, empfiehlt es sich, die Landwirtschaftskammer gutachtlich zu hören.

Unter einem landwirtschaftlichen Kleinbetrieb im Sinne dieser Bestimmungen ist neben der Tatsache der landwirtschaftlichen Nutzung der Landfläche das Eigentum an einem Wohnhause, an landwirtschaftlichen Wirtschaftsgebäuden und an landwirtschaftlichem Inventar zu verstehen. Gartenbetriebe sind nicht als landwirtschaftliche Betriebe anzusehen. Die Besitzer solcher Kleinbetriebe haben Anspruch auf Hebung ihres Betriebes bis höchstens auf die Größe einer selbständigen Unternehmung, wenn sie Landwirte im Hauptberufe sind oder die Landwirtschaft nebenberuflich betreiben, ihnen aber ihr Hauptberuf (z. B. als Handwerker oder Industriearbeiter) nicht die Möglichkeit ausreichender Ernährung gewährt. Das Reichslandungsgelei gibt die Handhabe, nicht lebensfähige landwirtschaftliche Kleinbetriebe durch Landzulage zu wirtschaftlich selbständigen Betrieben zu machen.

Es ist erwünscht, zu allen Verhandlungen im Anliegersiedlungsverfahren einen Vertreter des Landbesizers vorzubringen und hinzuzuziehen. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die Fortsetzung nach Stellung einer Kaufation das Verfahren wesentlich erschwert.

Es ist vorgelommen, daß Großgrundbesitzer sich ihrer Verpflichtung zur Landabgabe dadurch zu entziehen suchten, daß sie bei Bekanntwerden des Antrages auf Siedlung die begehrte Landfläche in einer Größe von unter 100 Hektar veräußerten oder sie freihändig verpachteten. Im ersten Falle ist zu erwägen, ob nicht der Weg der Enteignung zu beschreiten ist; im letzten Fall sind die erfolgten Verpachtungen eingehend darauf zu prüfen, ob sie dem Sinne des Reichslandungsgeleis entsprechen und ob die Verpachtung zweckmäßiger als die Eigentumsverteilung ist. Wird diese Frage verneint, so sind die Verpachtungen bei der Entscheidung über die Zulassung der Enteignung nicht zu berücksichtigen.

Die neue Lohnstufentabelle für Land- und Forstwirtschaft des Landkreises Breslau.

In welche Lohnstufen bei der Landrentenklasse des Landkreises Breslau die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen ab 2. Januar 1922 gehören zeigt folgende Tabelle:

| Lohnstufe | Gesamtlohn | | Lohnstufe | Gesamtlohn | |
|-----------|------------|-----------|-----------|------------|-----------|
| | täglich | monatlich | | täglich | monatlich |
| XI | 0,85 | 26,55 | XII | 0,95 | 29,55 |
| XII | 0,95 | 29,55 | XIII | 1,05 | 32,55 |
| XIII | 1,05 | 32,55 | XIV | 1,15 | 35,55 |
| XIV | 1,15 | 35,55 | XV | 1,25 | 38,55 |
| XV | 1,25 | 38,55 | XVI | 1,35 | 41,55 |
| XVI | 1,35 | 41,55 | XVII | 1,45 | 44,55 |
| XVII | 1,45 | 44,55 | XVIII | 1,55 | 47,55 |
| XVIII | 1,55 | 47,55 | XIX | 1,65 | 50,55 |
| XIX | 1,65 | 50,55 | XX | 1,75 | 53,55 |
| XX | 1,75 | 53,55 | XXI | 1,85 | 56,55 |
| XXI | 1,85 | 56,55 | XXII | 1,95 | 59,55 |
| XXII | 1,95 | 59,55 | XXIII | 2,05 | 62,55 |
| XXIII | 2,05 | 62,55 | XXIV | 2,15 | 65,55 |
| XXIV | 2,15 | 65,55 | XXV | 2,25 | 68,55 |
| XXV | 2,25 | 68,55 | XXVI | 2,35 | 71,55 |
| XXVI | 2,35 | 71,55 | XXVII | 2,45 | 74,55 |
| XXVII | 2,45 | 74,55 | XXVIII | 2,55 | 77,55 |
| XXVIII | 2,55 | 77,55 | XXIX | 2,65 | 80,55 |
| XXIX | 2,65 | 80,55 | XXX | 2,75 | 83,55 |
| XXX | 2,75 | 83,55 | XXXI | 2,85 | 86,55 |
| XXXI | 2,85 | 86,55 | XXXII | 2,95 | 89,55 |
| XXXII | 2,95 | 89,55 | XXXIII | 3,05 | 92,55 |
| XXXIII | 3,05 | 92,55 | XXXIV | 3,15 | 95,55 |
| XXXIV | 3,15 | 95,55 | XXXV | 3,25 | 98,55 |
| XXXV | 3,25 | 98,55 | XXXVI | 3,35 | 101,55 |
| XXXVI | 3,35 | 101,55 | XXXVII | 3,45 | 104,55 |
| XXXVII | 3,45 | 104,55 | XXXVIII | 3,55 | 107,55 |
| XXXVIII | 3,55 | 107,55 | XXXIX | 3,65 | 110,55 |
| XXXIX | 3,65 | 110,55 | XL | 3,75 | 113,55 |
| XL | 3,75 | 113,55 | XLI | 3,85 | 116,55 |
| XLI | 3,85 | 116,55 | XLII | 3,95 | 119,55 |
| XLII | 3,95 | 119,55 | XLIII | 4,05 | 122,55 |
| XLIII | 4,05 | 122,55 | XLIV | 4,15 | 125,55 |
| XLIV | 4,15 | 125,55 | XLV | 4,25 | 128,55 |
| XLV | 4,25 | 128,55 | XLVI | 4,35 | 131,55 |
| XLVI | 4,35 | 131,55 | XLVII | 4,45 | 134,55 |
| XLVII | 4,45 | 134,55 | XLVIII | 4,55 | 137,55 |
| XLVIII | 4,55 | 137,55 | XLIX | 4,65 | 140,55 |
| XLIX | 4,65 | 140,55 | L | 4,75 | 143,55 |
| L | 4,75 | 143,55 | | | |

Wohnungsbesitzer in Breslau. Die Wohnungsverhältnisse in Breslau sind im Vergleich mit anderen Städten in Schlesien im allgemeinen als günstig zu bezeichnen. Die Wohnungsverhältnisse sind im Vergleich mit anderen Städten in Schlesien im allgemeinen als günstig zu bezeichnen.

Wohnungsverhältnisse in Breslau. Die Wohnungsverhältnisse in Breslau sind im Vergleich mit anderen Städten in Schlesien im allgemeinen als günstig zu bezeichnen.

Wohnungsverhältnisse in Breslau. Die Wohnungsverhältnisse in Breslau sind im Vergleich mit anderen Städten in Schlesien im allgemeinen als günstig zu bezeichnen.

Wohnungsverhältnisse in Breslau. Die Wohnungsverhältnisse in Breslau sind im Vergleich mit anderen Städten in Schlesien im allgemeinen als günstig zu bezeichnen.

Wohnungsverhältnisse in Breslau. Die Wohnungsverhältnisse in Breslau sind im Vergleich mit anderen Städten in Schlesien im allgemeinen als günstig zu bezeichnen.

Wohnungsverhältnisse in Breslau. Die Wohnungsverhältnisse in Breslau sind im Vergleich mit anderen Städten in Schlesien im allgemeinen als günstig zu bezeichnen.

Wohnungsverhältnisse in Breslau. Die Wohnungsverhältnisse in Breslau sind im Vergleich mit anderen Städten in Schlesien im allgemeinen als günstig zu bezeichnen.

Wohnungsverhältnisse in Breslau. Die Wohnungsverhältnisse in Breslau sind im Vergleich mit anderen Städten in Schlesien im allgemeinen als günstig zu bezeichnen.

Wohnungsverhältnisse in Breslau. Die Wohnungsverhältnisse in Breslau sind im Vergleich mit anderen Städten in Schlesien im allgemeinen als günstig zu bezeichnen.

Wohnungsverhältnisse in Breslau. Die Wohnungsverhältnisse in Breslau sind im Vergleich mit anderen Städten in Schlesien im allgemeinen als günstig zu bezeichnen.

Wohnungsverhältnisse in Breslau. Die Wohnungsverhältnisse in Breslau sind im Vergleich mit anderen Städten in Schlesien im allgemeinen als günstig zu bezeichnen.

Wohnungsverhältnisse in Breslau. Die Wohnungsverhältnisse in Breslau sind im Vergleich mit anderen Städten in Schlesien im allgemeinen als günstig zu bezeichnen.

Wohnungsverhältnisse in Breslau. Die Wohnungsverhältnisse in Breslau sind im Vergleich mit anderen Städten in Schlesien im allgemeinen als günstig zu bezeichnen.

Wohnung des Versicherungsamts vom 23. Dezember 1921 aufgelöst. Die Kasse nimmt daher ab 2. Januar 1922 die Befreiung der in der angeordneten Kassenmitglieder in die vorstehend angegebenen Lohnstufen direkt vor.

Ebenso wird auf Grund der vorangeführten Bekanntmachung betreffend die Erhöhung des Wertes der Sachbezüge, das hier angegebene Hauspersonal vom 2. Januar 1922 ab in die den erhöhten Werte dieser Bezüge entsprechenden Lohnstufen verlegt.

Vom schlesischen Arbeitsmarkt.

Steigende Erwerbsloseniffer.

Das schlesische Landesarbeitsamt sendet uns folgenden Wochenbericht:

Durch den starken Frost bedingt, der sämtliche Außerarbeiten sowie Bauarbeiten unendlich machte und auch die weissen Frosthandarbeiten zur Einstellung brachte, hat die Zahl der Arbeitslosen sowie die der Erwerbslosenunterstützungsempfänger stark vermehrt.

In der Landwirtschaft zeigten sich weiterhin Schwierigkeiten, die angeforderten jüngeren männlichen und weiblichen Arbeitskräfte zu stellen, während andererseits die Zahl der Erwerbslosenunterstützung empfangenden Landarbeiterfamilien stieg.

Im Bergbau bestand nur geringe Nachfrage nach Arbeitskräften, die örtlich erledigt werden konnten.

In der Industrie der Steine und Erden ist der Beschäftigungsgrad der Porzellan- und Steingutfabriken noch hoch. Der Streik der Belegschaft einer Glasfabrik im Mustaner Bezirk konnte beigelegt werden. Auch die Berichtsmache brachte weitere Nachrichten über vollständige Stilllegung von Ziegeleien.

In der Metallindustrie ist die Lage unverändert günstig, ebenso in der Textilindustrie, wo der Streik im Langenbielauer Bezirk nach längeren Verhandlungen infolge Einigung beigelegt werden konnte. Jedoch dürften bis zur Arbeitsaufnahme noch einige Tage vergehen. Als Auswirkung dieses Streiks zeigte sich, daß mehrere Strumpf- und Wollwarenfabriken in Leobschütz sich genötigt sahen, da die zur Verarbeitung benötigten Garne aus dem Reichsbielauer Bezirk nicht herantamten, ihren Betrieb hart einzurenken bezw. sogar zu schließen. Der Streik befindet sich die Belegschaft der Striegauer Strumpfwarenfabrik infolge Lohnhöherungen.

In der chemischen Industrie war die Lage dieselbe wie in der Vormache.

Im Papiergewerbe fanden vereinzelt Entlassungen statt.

Im Holzgewerbe besteht nach wie vor ein immer noch ungedeckter Bedarf an Facharbeitern, namentlich an Möbelschneidern. Sämtlicher gestillt hat sich auch im allgemeinen die Lage in Bürstenfabriken. Infolge Lohnhöherungen befindet sich die Belegschaft der Striegauer Bürstenfabrik im Streik.

Im Bekleidungs-gewerbe ist zurzeit die Arbeitsmarktlage günstig. Besonders fehlt es an Weibschneidern, an Konfektionschneidern und Konfektionshelferinnen. Dagegen ist die Nachfrage nach Schuhmachern stark gesunken; es konnten sogar vereinzelt Entlassungen festgelegt werden.

Die Bautätigkeit ruht infolge des starken Frostes zurzeit ganz. Lediglich in der Stadt Breslau hat die vom Landesarbeitsamt durchgeführte Maßnahme - Instandhaltung von Wohnungen und Häusern - wenn auch zurzeit noch in sehr beschränktem Maße, Möglichkeit zur Beschäftigung von Bauarbeitern.

Im Handelsgewerbe waren qualifizierte Arbeitskräfte nach wie vor gesucht; doch hat sich auch die Nachfrage nach weniger ausgebildeten Arbeitskräften gehoben.

Für ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen hat sich infolge des Frostwetters die Arbeitsmarktlage noch weiter verschlechtert.

Etwas zugenommen hat die Zahl der Vermittlungen an weiblichen Hausangestellten, doch konnte der Bedarf noch lange nicht gedeckt werden.

Infolge Entlassung von Arbeitskräften durch die Treuhändergesellschaft und das Reichsverpflegungsamt Glatz hat sich die Zahl der Arbeitslosen stark vermehrt. Untertbringungs-möglichkeiten sind gering.

Konzerte.

Sechstes Orchester-Konzert im Gewerkschaftshause.

Brahms gehört sicherlich nicht zu den Komponisten, die sich dem Hörer auf den ersten Hieb erschließen; er will langsam gewonnen werden; wer aber erst einmal den Zugang zu ihm gefunden hat, läßt ihn nicht mehr los, denn unter der oft geradezu beabsichtigten herben Schroffheit des äußeren Klangbildes schlummern vorzorgene Schönheiten, schamhaft verbüllte Gefühlsnüsse einer stark und gesund empfindenden Seele, die es angestrengt vermeidet, ihr Inneres jedem oberflächlichen, neugierigen Betrachter preiszugeben. Nur wer sich wie ein wahrer Kenner, der die Mühe nimmt, nicht sofort nach dem ersten Eindruck zu urteilen, nicht nur ins Gesicht, sondern ins Herz zu blicken, lernt den ganzen Mann kennen. Wir hoffen, daß uns Brahms' zweite Symphonie in den Konzerten im Gewerkschaftshaus noch öfter begegnen wird, denn sie ist das geeignetste Eingangstor zu dem Brahms' großen Stil, während die ungarischen Tänze und die Lieder ihm eine Popularität verschafft haben, wie sie die großen symphonischen Schöpfungen naturgemäß nicht sofort erlangen können. Brahms ist Hermann Behr besonders ans Herz gewachsen, und die Wiebergabe der Symphonie bedeutete einen kaum überbietbaren Höhepunkt. Die Logik und Organik des Satzes, die Brahms in unmittelbarer Nähe von Beethoven stellt, wenn er ihm auch an Ursprünglichkeit der Erfindung nachsteht, brachte das Orchester in vorzüglicher Verfassung zum Ausdruck. Man merkte ihm an, wie es selbst dabei warm wurde und mit heller Begeisterung musizierte. Man verlangt auch Brahms' ein besonders sorgfältiges Musizieren. Er schwebert nicht vulkanartig immer neue Massen von musikalischen Ideen heraus, sondern gewinnt in weiser und zweckmäßiger Sparsamkeit aus dem bedeutungssooll gewählten Material Anregung zur weiteren Entwicklung und Verknüpfung. So spielen die drei Violinen, mit denen die Höhe die Symphonie eröffnet, im weiteren Verlauf eine außerordentlich wichtige, beim ersten Eindruck kaum geahnte Rolle. So geminnt er im dritten Satz dem Allegretto grazioso, den Seitengedanken dadurch, daß er den Hauptgedanken rhythmisch umbildet. So gibt es bei Brahms eine löstliche Menge fein empfundener und fein durchdachter Kleinarbeit, die jedes erneute Hören zu einem erneuten Genuß macht.

Aus der Geschäftswelt.

Den Gasverbräusern werden in diesen Tagen Kochgas-Sparbüchsen angeboten, die ein Zurückschlagen und Rufen der Gasflamme verhindern. Die Gas-Sparbüchsen D. R. P. sind nach jahrelang vorliegenden Gutachten von Gasanhaltern und Fachleuten geprüft und anerkannt. Die Döse wurde am 25. Januar 1922 der hiesigen Gasanstalt 4 im Laboratorium zwecks Prüfung überreicht. Es wurde bestätigt, daß ein Zurückschlagen und Rufen der Flamme ausgeschlossen sei und dadurch schon allein Gasersparnis erzielt wird. Das Einsetzen der Bromberger Gaswärze jagt. Wir bestätigen hierdurch, daß bei den heute mit der Kochgas-Sparbüchse „Seht“ angefertigten Versuchen eine ganz bedeutende Gasersparnis bis zu 46 Prozent erzielt wurde. Die Verwendung der Döse kann deshalb in der heutigen Zeit nur empfohlen werden. Die Hersteller, welche die Dösen persönlich erproben, sind mit Ausweisen versehen und wollen von sich diese zeigen lassen.